Thorner  Zeitung

Gegründet anno 1760

Ostdeutsche Zeitung und General-Anzeiger

Erscheint täglich. Bezugspreis vierteljährl. bei Abholung von der Geschäfts- oder den Ausgabestellen in Thorn, Mocker u. Podgorz 3.00 Mk., monatl. 1.00 Mk., frei ins Haus gebracht 3.50 Mk., monatl. 1.20 Mk., bei allen Postanstalten 3.60 Mk., monatl. 1,20 Mk., durch Briefstr. ins Haus gebr. 4 02 Mk.

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Seglerstr. 11. Telegr.-Adr.: Thorner Zeitung. — Fernsprecher Nr. 46. Verantwortlicher Schriftleiter: Oskar Schmid in Thorn. Für Anzeigen verantwortlich Martha Wendel in Thorn. Druck und Verlag der Buchdruckerei der Thorner Ostd. Zeitung, G. m. b. H. Thorn.

Anzeigenpreis: Die sechsgespaltene Kleinzeile oder deren Raum 25 Pf., für Stellengesuche u. -Angeb., An- u. Verkäufe, Wohnungsanzeigen 20 Pf., für Anzeigen mit Platzvorschrift 40 Pf. Reklamen die Kleinzeile 50 Pf. Anzeigen-Annahme für die abends erscheinende Nummer bis 10 Uhr vorm.

Nr. 73 — Donnerstag, 27. März — 1919

Neueste Nachrichten.

Die Lebensmittelversorgung Deutschlands.

Haag, 25. März. (Drahtnachricht). Der Kriegskorrespondent des W. T. B. meldet: Zur Lieferung von Lebensmitteln aus Holland kommen, außer Kartoffeln noch getrocknete Kartoffeln, Hülsenfrüchte, kondensierte Milch, gesalzenes Schweinefleisch und Hammelfleisch sowie Butter in nächster Zeit in Frage. Außerdem werden aus Holland und Uebersee Lebensmittel, insbesondere Fett und Oel zu beziehen sein. In einer Besprechung von Vertrauensleuten mit der Leitung der Reichsstelle sowie hervorragenden deutschen Kaufleuten wurde einstimmig festgestellt, daß nur der freie Handel in der Lage ist, die aufgrund des Brüsseler Abkommens zulässigen Mengen von Uebersee in schnellster und billigster Weise nach Deutschland zu bringen.

Ablieferung der ersten deutschen Handelsschiffe an England.

London, 25. März. (Drahtnachricht). Die ersten Schiffe der deutschen Handelsflotte, die Großbritannien zugewiesen worden ist, sind auf der Reede von **Leith** eingetroffen.

Unruhen in Witten a. Ruhr.

Berlin, 26. März. (Drahtnachricht). Der „Berl. Lok.-Anz." meldet aus Bochum über die Unruhen in **Witten**: Das Zentrumsblatt „Wittener Volkszeitung" hatte behauptet, die Arbeiter hätten den Direktor der Gußstahlwerke mißhandelt und mit einer Fahnenstange geschlagen. Als eine Anzahl Arbeiter vor der Schriftleitung des Blattes einen Widerruf und die Ernennung des Verfassers forderten, wurde zum Schutze Polizei herbeigerufen. Plötzlich fiel aus der Nähe ein Schuß. Das war das Zeichen zu einem furchtbaren Kampfe. Zur Unterstützung der örtlichen Organe sind die Sicherheitswehren aus der Umgegend zusammengezogen.

Von der deutsch-polnischen Front.

Bromberg, 26. März. (Drahtnachricht). Gestern abend versuchte eine polnische Patrouille über den Kanal bei Lindendorf vorzustoßen. Sie wurde zurückgetrieben. Ein stärkerer polnischer Angriff bei Murowaniez wurde nach längerem Feuergefecht abgewiesen. In gleicher Gegend zwang uns geringes polnisches Artilleriefeuer zu Vergeltungsfeuer.

Deutschland und der Balkan.

Berlin, 25. März. In der Geschäftsstelle des Auswärtigen Amts für die Friedensverhandlungen fand heute eine Besprechung über die deutschen wirtschaftspolitischen Interessen in den Balkanländern statt, soweit sie bei den Friedensverhandlungen zu berücksichtigen sind. Es wurden an der Hand von Referaten von Regierungsvertretern die einzelnen Fragen bezüglich Rumäniens, der Türkei, Bulgariens und Serbo-Kroatiens im einzelnen durchgesprochen. An der zahlreich besuchten Versammlung nahmen insbesondere auch Vertreter der dort lebenden Deutschen und großen deutschen wirtschaftlichen Unternehmungen teil.

Verhaftung des Grafen Karolyi.

Budapest, 25. März. (Drahtnachricht). Graf **Karolyi**, einer der hervorragendsten Persönlichkeiten unter den gegenrevolutionären Magnaten ist heute verhaftet worden.

Einsetzung von revolutionären Gerichten in Ungarn.

Budapest, 25. März. (Drahtnachricht). Ungarisches Korrespondenzbüro. Eine Verordnung des revolutionären Rates verfügt die Einsetzung von revolutionären Gerichten und die Entscheidung von Schuldfragen in geheimer Abstimmung. Die Todesstrafe kann nur mit einstimmigem Beschluß des Vorsitzenden der Mitglieder verhängt werden.

Spanien unter dem Standrecht.

Madrid, 25. März. (Drahtnachricht). Ueber ganz Spanien wurde das Standrecht verhängt.

Das Standrecht in der Slowakei.

Prag, 25. März. Das Tschechisch-Slowakische Preßbüro meldet aus Preßburg: Minister Srobar hat infolge der Ereignisse in Ungarn das Standrecht über die ganze Slowakei verhängt.

Zur Kreistagswahl.

Alle Souveränität liegt beim Volke, ist einer der Grundsätze der Revolution. Die Souveränität des Volkes ist auszuüben durch die verfassunggebende Nationalversammlung. Es muß Bedenken erregen, daß die provisorische Regierung in Preußen, die selbst ihr Recht und ihre Befugnis nur aus der Revolution herleiten kann, gegen diesen Grundsatz wiederholt verstoßen hat. So läßt es sich in keiner Weise rechtfertigen, daß die preußische Regierung noch am 18. Februar, also geraume Zeit nach der Wahl der Landesversammlung eine Verordnung über die Neuwahl der Kreistage erlassen hat, die einen bedeutungsvollen Eingriff in das bisher geltende Recht darstellt. Für diesen Eingriff in die Gesetzgebungsbefugnis der Landesversammlung lag umso weniger ein Grund vor, als die Kreistage nicht ohne weiteres zu denjenigen politischen Organen zu rechnen sind, deren Umbildung infolge der Revolution keinerlei Aufschub duldete. Die Tätigkeit der Kreistage ist jedenfalls nicht im wesentlichen eine politische, sondern eine wirtschaftliche, und es kann deshalb nicht gesagt werden, daß die bisherigen Kreistage unter keinen Umständen auch nur ein paar Wochen die Geschäfte hätten weiterführen dürfen. Die Regierung selbst erkennt das ja dadurch an, daß sie für die Vornahme der Wahlen zu den Kreistagen eine Frist bis zum 4. Mai setzt und eine Einberufung der Kreistage erst bis zum 4. Juni d. Js. vorsieht. Wenn die alten Kreistage bis dahin die Geschäfte zu führen in der Lage sind, so würde es ganz zweifellos auf ein paar weitere Wochen nicht angekommen sein, ohne daß dadurch die Ziele oder die Errungenschaften der Revolution irgendwie beeinflußt oder beeinträchtigt worden wären. Die Verordnung der Regierung ist daher außerordentlich bedenklich, da sie einen unbefugten Eingriff in die Gesetzgebungsgewalt der Landesversammlung darstellt und geradezu den Eindruck erweckt, als wenn die vorläufige Regierung durch ihre eilige Arbeit nach außen hin den Beweis dafür zu liefern bemüht gewesen wäre, wie vortrefflich sie doch zu arbeiten verstehe und wie revolutionär sie sei. Leider vermag man der Art, wie das Kreistagswahlverfahren neu geordnet worden ist, die Anerkennung ihrer Vortrefflichkeit nicht auszusprechen. Dabei soll gar nicht bestritten werden, daß eine Aenderung des Wahlverfahrens zu den Kreistagen dringend notwendig ist und zu den nächstliegenden Aufgaben der Landesversammlung gehört. Die Anordnungen indessen, die die Regierung getroffen hat, entbehren jedes Systems und zeigen eine Oberflächlichkeit, die eine Regierung selbst in Revolutionszeiten vermeiden sollte.

Einer der wesentlichen Unterschiede der Neuregelung ist der, daß in Zukunft nur 2 Wahlverbände, nämlich derjenige der Städte und derjenige der Landgemeinden die Kreistagsabgeordneten zu wählen haben, während der bisher bestehende dritte Wahlverband der Großgrundbesitzer aufgehoben worden ist. Auch die Verteilung der Kreistagsabgeordneten auf die beiden Wahlverbände ändert sich insofern, als nach der Kreisordnung die Städte unter keinen Umständen mehr als die Hälfte aller Kreistagsabgeordneten zu wählen hatten und, sofern in einem Kreise nur eine Stadt vorhanden ist, nicht mehr als ein Drittel. Jetzt sollen die Kreistagsabgeordneten auf die Wahlverbände soviel Abgeordnete erhalten, als dem Verhältnis seiner Einwohnerzahl entspricht. Eine Benachteiligung des Wahlverbandes der Landgemeinden gegenüber dem bisherigen Zustande wird dadurch kaum eintreten, weil dieser Wahlverband sicherlich einen Teil derjenigen Abgeordneten in Zukunft zu wählen hat, die bisher vom Wahlverband der Großgrundbesitzer zu wählen waren.

Das Wahlverfahren innerhalb der beiden Wahlverbände wird gegenüber den früheren Vorschriften in verschiedener Hinsicht geändert. So haben in den Städten nicht wie früher die Stadtverordnetenversammlung und der Magistrat die Wahl auszuüben, sondern die Stadtverordnetenversammlung allein. Diejenigen Städte, die ihrer Bevölkerungszahl nach nicht mindestens einen Kreistagsabgeordneten zu wählen haben, werden mit anderen Städten in Städtewahlbezirken vereinigt, innerhalb deren die Stadtverordnetenversammlungen der beteiligten Städte in einer gemeinschaftlichen Wahlversammlung die Wahl der Kreistagsabgeordneten vornehmen. Die Wahl erfolgt nur in den Städten oder Städtewahlbezirken, auf die mindestens 3 Kreistagsabgeordnete entfallen, nach den Grundsätzen der Verhältniswahl.

Bei der Unterverteilung der Kreistagsabgeordneten innerhalb des Wahlverbandes der Landgemeinden wählen diejenigen Landgemeinden, die nach ihrer Bevölkerungszahl mindestens einen Abgeordneten zu wählen haben, für sich allein, und zwar wählen auch in diesen Gemeinden die Gemeindevertretungen die Kreistagsabgordneten und zwar nach dem Verhältniswahlrecht, sofern diese Gemeinden mindestens drei Kreistagsabgeordnete zu wählen haben. Alle übrigen Gemeinden, auf die nicht mindestens ein Kreistagsabgeordneter nach der Bevölkerungszahl entfällt, werden mit den Gutsbezirken zu Wahlbezirken von solchem Umfang vereinigt, daß sie ihrer Einwohnerzahl nach nicht wie bisher nur einen Kreistagsabgeordneten, sondern mindestens deren drei zu wählen haben. Auch diese Kreistagsabgeordneten werden nach dem Verhältniswahlsystem gewählt, aber nicht von den Gemeindevertretungen, sondern in unmittelbarer Wahl aller Männer und Frauen, die das 20. Lebensjahr vollendet haben und im Besitze der deutschen Reichsangehörigkeit und der bürgerlichen Ehrenrechte sich befinden. Nur Entmündigte und solche, die unter vorläufiger Vormundschaft stehen, haben kein Wahlrecht. Wie lange die Wähler im Kreise bereits wohnen, ist ohne Bedeutung. Das passive Wahlrecht, die Wählbarkeit, hängt indessen davon ab, daß der Kandidat mindestens sechs Monate im Kreise ansässig ist.

Die Stimmbezirke innerhalb der Wahlbezirke hat der Kreisausschuß festzulegen.

Gegen die vorstehenden Bestimmungen erheben sich Bedenken vor allem in der Richtung, daß ein Teil der Kreistagsabgeordneten im indirekten Wahlverfahren durch die Gemeindevertretungen gewählt wird, ein anderer Teil im unmittelbaren Verfahren durch die Urwähler selbst. Für eine derartige Unterscheidung ist kein sachlicher Grund gegeben. Ebensowenig ist es berechtigt, wenn ein Teil der Kreistagsabgeordneten nach dem Grundsatz der Verhältniswahl, ein anderer Teil nach dem einfachen Prinzip der absoluten Mehrheit gewählt wird. Denn im letzteren Falle bleiben alle die Minderheiten unberücksichtigt, deren Schutz ein nicht zu verleugnender Grundsatz der Demokratie ist; und diese Vernachlässigung der Minderheiten wird nicht nur in wenigen Ausnahmefällen eintreten, sondern in allen denjenigen Städten und Landgemeinden, die ihrer Bevölkerung nach nur einen oder zwei Kreistagsabgeordnete zu wählen haben, also im wesentlichen in allen Ortschaften von etwa 1500—4000 Einwohnern, und in allen den Städtewahlbezirken, die nicht mindestens drei Abgeordnete zu wählen berechtigt sind. Es entspricht der Billigkeit, daß in allen diesen Gemeinden und Bezirken die Minderheiten geschützt werden. Es ist deshalb dringend notwendig, daß die Regierung, wozu sie nach der vorläufigen Verfassung Preußens verpflichtet ist, ihre Verordnung vom 18. Februar der Landesversammlung zur Nachprüfung vorlegt, und daß eine Abänderung derselben vorgesehen wird, insbesondere in der Richtung, daß in allen Gemeinden und Bezirken die Minderheiten ihre Berücksichtigung finden. Die Demokratische Fraktion hat deshalb nachfolgenden **dringenden** Antrag eingebracht: Die verfassunggebende Preußische Landesversammlung wolle beschließen:

> Die Regierung zu ersuchen, die Verordnung, betreffend die Zusammensetzung der Kreistage, der Landesversammlung **unverzüglich** zur Nachprüfung vorzulegen und die Abänderung dieser Verordnung insbesondere in der Richtung einer angemessenen Berücksichtigung der Minderheiten durch Bildung größerer Wahlbezirke und allgemeine Einführung der Verhältniswahl ins Auge zu fassen.

Einer Abänderung bedarf die Verordnung der Regierung auch insofern, als sie es dem Kreisausschuß überläßt, innerhalb der Wahlbezirke Stimmbezirke zu bilden. Es müßte statt dessen der Grundsatz ausgesprochen werden, daß jede Gemeinde einen Stimmbezirk für sich bildet, damit die Wähler einzelner Gemeinden nicht gezwungen werden, kilometerweit den Weg zum Wahllokal anzutreten. Da die Wahl zu den Kreistagen ohnehin erst bis zum 4. Mai stattzufinden hatte, so besteht kein Bedenken dagegen, die Aenderung der Regierungsverordnung noch so rechtzeitig vorzunehmen, daß die Wahl keinen Aufschub erleidet.

Dr. **Walther Schreiber**-Halle.
Mitglied der Preußischen Landesversammlung.

Zur Programmrede des preußischen Ministerpräsidenten.

Berlin, 26. März. (Drahtnachricht). Ueber die Programmrede des preußischen Ministerpräsidenten schreibt die „Deutsche Allgemeine Zeitung": Die neue Regierung hat ihr Mandat entgegengenommen aus der Hand der aufgrund des freiesten Wahlrechts gewählten parlamentarischen Vertretung des Volkes. Sie betrachtet es als vornehmste Aufgabe, unter Ausgleich aller Klasseninteressen ein Ziel zu verfolgen, das jedem Stand gerecht wird und allen Staatsbürgern ohne Unterschied die Möglichkeit einer zufriedenstellenden Lebensführung schafft. Herr **Suedekum** prägte den Satz: „Wir sind zwar ein gebeugtes, besiegtes, aber doch nicht entwürdigtes Volk." Dieses Wort sollten wir alle beherzigen und jeder Einzelne sollte nach ihm sein Tun für die Zukunft einstellen.

Berlin, 26. März. (Drahtnachricht). Im „Vorwärts" wird gesagt: Der kulturpolitische Teil des Programms ist leider ausgefallen, und wenn die hinter den sozialdemokratischen Ministern stehenden Parteikräfte auf seine rasche und ehrliche Erfüllung drängen, so wird man von einem guten Anfang sprechen können. Das Zentrum hat den Notwendigkeiten der Zeit bis zu einem gewissen Grade Rechnung getragen; vielleicht ist es klug genug, mit der Zeit einzusehen, daß die Freiheit der Religionsgesellschaften, die niemand auf der Linken beschränken wird, auf die Dauer ein festerer Besitz ist als eine staatlich privilegierte Herrschaftsstellung.

Vorboten der Friedensverhandlungen

Berlin, 25. März. (Drahtnachricht). Graf **Bernstorff** teilte in der heutigen Besprechung in der Geschäftsstelle des Auswärtigen Amts für Friedensverhandlungen mit, die feindlichen Regierungen hätten ersucht, eine Kommission von 6 deutschen Finanzsachverständigen nach Paris zu senden, eine Demarche, die als Beginn der Friedensverhandlungen anzusehen sei.

Erörterungen im Auswärtigen Amt über den Zusatzvertrag zum Friedensvertrag.

Berlin, 25. März. (Drahtnachricht). Gestern nachmittag fand eine Erörterung der Frage bzgl. des rechtspolitischen Zusatzvertrages zum Friedensvertrag in der Geschäftsstelle des Auswärtigen Amtes für die Friedensverhandlungen statt.

Schwierigkeiten in der Unterbringung der deutschen Friedensdelegation in Frankreich.

Bern, 25. März. (Drahtnachricht). Nach dem „Petit Parisien" ist man in **Paris** in großer Verlegenheit, weil man angesichts der Tatsache, daß in **Versailles** alle Wohnungen seit langer Zeit vergeben sind, keinerlei Unterkunftsmöglichkeit für die deutsche Friedensdelegation erblickt. In **St. Cloud** hat man bisher nur eine kleine Unterkunftsstelle gefunden, die für die auf 200—300 geschätzte deutsche Delegation völlig ungenügend ist.

Ueber die Verteilung der ausländischen Lebensmittel.

Berlin, 26. März. (Dr.) Ueber die Verteilung der ausländischen Lebensmittel erfährt der Berl. Lok. Anz., daß die einzuführenden Mengen zunächst nur zur Aufrecherhaltung unserer bisherigen Lebensmittelration dienen. Eine Abgabe von Waren an den freien Handel aus diesen Lieferungen wird nicht stattfinden, da die Lebensmittel gleichmäßig an die Bevölkerung verteilt werden sollen. In erster Linie werden die Industriezentren und Großstädte beliefert, da die Not in ihnen am größten ist. Ob die Aussicht stehenden Mengen so groß sein werden, daß sie einen Zuschuß über die jetzige Ration hinaus gestatten, hängt vom Umfang der Zufuhren ab. Jedenfalls hofft man, daß die Getreidelieferungen eine Verbesserung des Brotes gestatten werden.

Haag, 25. März. (Dr.) Der Haager Korrespondent der W. T. B. erfährt, daß laut Angabe der Royal Relief Commission morgen und übermorgen 2 Dampfer mit zusammen 6000 Tonnen Mehl von Rotterdam nach Hamburg abfahren werden.

Verteilung der Kriegskosten.

Rotterdam, 25. März. (Drahtnachricht). „Daily Telegraph" meldet aus Newyork, daß die

Newyorker Times eine Mitteilung aus Paris empfangen hat, wonach der Plan, daß sämtliche Kriegskosten der Alliierten in der Weise auf die assoziierten Nationen verteilt werden, daß auch die Vereinigten Staaten ihren Anteil daran zu bezahlen haben, gut geheißen wurde, daß jedoch die Maßgabe, als ob die Vereinigten Staaten bereits im August 1914 in den Krieg getreten wäre, nicht der Ansicht der amerikanischen Friedensdelegierten entspricht.

Aus der französischen Kommission für internationale Arbeitergesetzgebung.

Paris, 25. März. (Drahtnachricht). Reuter. In der 35. und letzten Sitzung der Kommission für internationale Arbeitergesetzgebung billigte die Kommission den Arbeitsbericht, der der Friedenskonferenz unterbreitet werden soll. In der am 24. 3. abgehaltenen 12. Sitzung der Kommission für den Völkerbund wurden die Verbesserungsanträge beraten, sodaß jetzt 2/3 des Gesetzentwurfs geprüft worden sind.

Die Vorgänge in Ungarn.

Berlin, 26. März. (Drahtnachricht). Laut dem Ung. Korr.-Büro traten die französischen Truppen aus Szegedin und dem besetzten Gebiet den Rückzug in südlicher Richtung an.

Budapest, 24. März. (HN). Gestern fand hier eine Versammlung der Volkskommissare mit den Direktoren und Eigentümern der Theater, Kinos und anderer Vergnügungslokale statt, in der ein neungliedriges Komitee gewählt wurde, bestehend aus Schriftstellern usw., welches die Leitung aller Theater übernahm. In den ersten zwei Wochen dürfen nur revolutionäre und sozialistische Stücke gespielt werden, sonst dürfen die Theater nur rein literarischen Zwecken dienen. Alle aus dem Felde zurückgekehrten Krieger haben sich in einer großen Versammlung der Sowjet-Regierung zur Verfügung gestellt. Die bürgerlichen Parteien beschlossen gestern, sich aufzulösen. Heute und morgen finden Versammlungen statt, in denen dies offiziell beschlossen wird.

Haag, 24. März. (HN). Der Eindruck der bolschewistischen Veränderung in Ungarn war in London tief. Allgemein widersetzte man sich dem Hinausschieben der Beratungen in Paris, wodurch man die Macht über Zentraleuropa verliere. „Daily News“ sagen, daß sie vor dieser Gefahr bereits vor Monaten gewarnt hat und daß man sie durch die rachsüchtigen Narrheiten hervorgerufen habe. „Daily Chronicle“ bringt einen ausführlichen Leitartikel über den Ernst der Lage in Ungarn und zwar auch über seine Wirkung auf die drei wichtigen Nationen Rumänien, Polen und Tschecho-Slowakei. Diese drei Nationen sind die Grundpfeiler, die weder von einem freien Zentraleuropa noch von einer Welt, die auf den Völkerbund aufgebaut werden soll, ihrem Schicksal überlassen werden können. Lenin hat jetzt die Ukraine in seiner Macht und bekommt über Ungarn ein viel besseres Angriffsfeld gegen diese drei Staaten.

Haag, 24. März. Die Pariser Blätter befassen sich mit den Ereignissen in Ungarn und meinen, daß das, was jetzt in Budapest geschehen ist, vielleicht ein Modell für das bilden wird, was in Berlin folgen kann, wenn Deutschland sich den Friedensbedingungen zu entziehen trachtet. Es gäbe nur zwei Mittel, diesen Schlag abzuwenden: Die Alliierten müßten den Bolschewismus in Ungarn vertreiben, bevor es zu spät ist und Rumänien und Bulgarien vor dem Bolschewismus retten. Die Konferenz müsse weiter Deutschland das neue Sprungbrett nehmen und neue Maßnahmen treffen, um den russischen Bolschewismus auszurotten.

Freilassung von Gefangenen in Ungarn.

Budapest, 25. März. (Drahtnachricht). Der Volkskommissar für Justiz unterzieht die festgesetzten Strafen einer den Grundsätzen der Diktatur des Proletariats entsprechenden Durchsicht. Alle jenen, deren weitere Gefangenhaltung aus diesem Gesichtspunkt nicht begründet erscheint, sollen in Freiheit gesetzt werden.

Von den Kämpfen mit den Bolschewisten.

Amsterdam, 25. März. (Drahtnachricht). Reuter meldet aus Jekaterinodar, daß an der nördlichen Donfront 6 bolschewistische Regimenter hinter den Donek zurückgeworfen wurden. Die Donkosaken besetzten Jekaterinoskaja und erbeuteten 31 Geschütze und 15 Maschinengewehre.

Der wirtschaftliche Niedergang Rußlands durch den Bolschewismus.

Wie der Bolschewismus die wirtschaftlichen Kräfte Rußlands gelähmt hat, läßt sich immer wieder aus vielen Nachrichten über Massen- und Generalstreiks, über Plünderungen und Ausschreitungen aller Art, über Kohlenmangel und Hungersnot aus fast allen Teilen des Reiches erkennen. So kostet nach den Mitteilungen eines, aus russischer Gefangenschaft zurückgekehrten Feldwebels Anfang Februar in Samara ein Brot von 400 Gramm 7 Rubel, 400 Gramm Zucker 90 Rubel, 400 Gramm Speck 40 Rubel. Diese Lebensmittel konnte er nur gegen eine Bescheinigung des Kommissars kaufen. In Smolensk wurden Lebensmittel teilweise ohne Karten abgegeben, dort kostete ein Brot 10 Rubel und 400 Gramm Wurst 30 Rubel. Auch das Verkehrswesen scheint vor dem gänzlichen Zusammenbruch zu stehen. Noch vor 2 Monaten verfügte Rußland über mehr als 20000 brauchbare Lokomotiven; heute sind es nur noch 4500.

Zwangsanleihe in Polen.

Nach einer Zeitungsmeldung aus Warschau beschloß das polnische Parlament die Auflage einer Zwangsanleihe, da die auf 6 Milliarden veranschlagte freiwillige Anleihe bis zum 6. 3. 19 nur 275 Millionen brachte. Auch soll die Aufnahme einer Auslandsanleihe beabsichtigt sein. Die Finanzverwaltung des Obersten Polnischen Volksrates in Posen fordert laut Bekanntmachung alle Behörden, Banken Privatpersonen auf, die in ihrem Besitze befindlichen deutschen Reichs- und Staatsanleihen also nicht nur Kriegsanleihen, bis zum 15. 3. 19. bei Vermeidung einer Geldstrafe bis zu 10000 Mark anzumelden.

England gegen die Abtrennung Danzigs?

Haag, 22. März. Die Engländer haben sich, wie aus Paris gemeldet wird, im Rate der Zehner gegen die Abtretung Danzigs an Polen ausgesprochen und wünschen eine weitere Verschmälerung der an Polen abzutretenden deutschen Gebietsteile. Außerdem treten sie dafür ein, daß Polen ein anderer Ausweg nach dem Meere gegeben werden soll, als Danzig.

Kundgebungen in Berlin gegen die Zerstückelung Deutschlands.

Gewaltige Straßendemonstrationen gegen die auf die Zerstückelung Deutschlands gerichteten Pläne, insbesondere auch gegen die Losreißung östlicher Landesteile durch die Polen bildeten am Sonntag das Ereignis von Berlin:

Vormittags um 11 Uhr fanden drei Massenversammlungen statt; eine im Sportpalast, die vom Reichsverband Ostschutz veranstaltet und von annähernd 10000 Personen besucht war. Die zweite im Zirkus Busch veranstaltet von der Arbeitsgemeinschaft für staatsbürgerliche Bildung; die dritte im Blüthnersaal einberufen vom Nationalen Bund deutscher Offiziere. Nach Schluß dieser Versammlung bewegten sich die Teilnehmer in drei geschlossenen Zügen nach dem Brandenburgr Tor und zogen von dort die Straße Unter den Linden und die Wilhelmstraße entlang bis zur Reichskanzlei. Zu der ungeheuren Zahl der Versammlungsteilnehmer gesellten sich wahllose Straßenpassanten, sodaß die Masse der Demonstranten unübersehbar war und diese Massenkundgebung gegen die Zerstückelung Deutschlands und die polnischen Pläne einen gewaltigen Eindruck machten. Hatte schon in der Versammlung im Sportpalast Reichsminister Erzberger namens der Reichsregierung die feierliche Erklärung abgegeben, daß diese der Zerstückelung Deutschlands, insbesondere der Losreißung unserer Ostmark mit aller Entschiedenheit widersetzen würde, so erklärte bei dem Empfang der Abordnungen der drei Versammlungen Reichsminister Schiffer, daß die Reichsregierung fest entschlossen sei, sich allen Zerstückelungsplänen der Feinde gegenüber auf den Boden des Rechts zu stellen. In einer Ansprache an die gewaltige Volksmenge von einem Fenster der Reichskanzlei aus betonte Exzellenz Schiffer der Geist der Treue, der diese gewaltigen Volksmassen zusammengeführt habe, fände bei der Regierung volles Verständnis. Die Regierung sei von demselben Geiste beseelt, wie das Volk; sie stelle sich auf den Boden des Rechts und das Recht sei auf unserer Seite. Diese Worte lösten stürmischen Beifall bei der gewaltigen Volksmenge aus, die darauf „Deutschland, Deutschland über alles“ sang und damit dieser machtvollen Kundgebung einen erhebenden Schluß bereitete. Den Vertretern des Reichsverbandes Ostschutz und den sie begleitenden Abgeordneten zur Landesversammlung aus der Provinz Posen, Professor Hoetzsch, Budjuhn und Neumann berichtete Exzellenz Schiffer namens der Reichsregierung noch besonders, daß diese nicht unversucht lassen werde, um den für uns Deutsche geheiligten Boden der Ostmark dem Vaterlande zu erhalten.

Keine Antastung der Beamtenrechte.

Der „Vorwärts“ schreibt: In der Beamtenschaft kursieren die wildesten Gerüchte über bevorstehende Kündigung der lebenslänglichen Anstellung usw. Wir erfahren hierzu, daß die Reichsregierung nach wie vor nicht daran denkt, die wohlerworbenen Rechte der Beamten irgendwie zu kürzen. Sie hält an dem einmal aufgestellten und feierlich verkündeten Programm vom 13. Februar fest.

Ein Verräter Tirols.

Der Schriftsteller und Herausgeber der „Bozener Zeitung“ Hans Görlich hat in seinem Blatt einen langen, angeblich von „einem deutschen Bozener“ geschriebenen Brief veröffentlicht, in welchem die volle Uebereinstimmung mit der Einverleibung Deutschsüdtirols in Italien ausgesprochen und zu begründen versucht wird. Verfasser des Briefes ist der seit Jahren im irrendistischen Sinne schriftstellerisch tätige „Professor“ Tolomei in Glön bei Bozen, der Herausgeber des Archivio per l'Alto Adige, das zum Zweck der wissenschaftlichen Eroberung Deutschtirols gegründet wurde und in diesem Sinne seit 1906 geleitet wird. Görlich soll für die Aufnahme dieser Fälschung in sein Blatt von italienischer Seite 15000 Lire erhalten haben. Die betreffende Nummer des Blattes wurde dann italienischerseits massenhaft gekauft und verbreitet als Beweis der Stimmung unter den Deutschsüdtirolern und ihres Wunsches, daß das Land mit Italien vereinigt werde. Gorlich wurde öffentlich angespuckt und konnte nur noch unter dem Schutz italienischer Soldaten das Haus verlassen. Die gemieteten Räume, in welchen seine Zeitung bisher gedruckt wurde, wurden ihm sofort gekündigt, und da er auch mit der Zahlung der Miete im Rückstand war, mußte er sie innerhalb Tagen verlassen. Er ist kein Tiroler sondern Deutschböhme.

Vorbereitungen zur Abreise der deutschen Finanzkommission nach Versailles.

Berlin, 26. März. (Drahtnachricht). Die Finanzkommission, deren sofortige Abreise nach Versailles beschlossen wurde, wird aus fünf namhaften Vertretern der Bank- und Industriewelt bestehen. Es werden der Kommission zwei Vertreter der Reichsbank und zwei Mitglieder der Waffenstillstandskommission beigegeben werden. Für heute sind die Mitglieder der Kommission nach Weimar berufen, wo sie die nötigen Instruktionen empfangen werden. Am Sonntag sollen sie bereits in Versailles eintreffen.

Verankerung des Rätesystems in der Reichsregierung.

Berlin, 26. März. (Drahtnachricht). Im Verfassungsausschuß in Weimar wird in nächster Zeit ein Antrag der Regierung gestellt werden, der die Verankerung des Rätesystems in der Verfassung vorsieht. Wenn dieser folgenschwere Entschluß zur Durchführung kommt, würde das, wie die „Deutsche Allgem. Zeitung“ schreibt, die Schaffung einer Art 3 Kammersystems bedeuten.

Preußische Landesversammlung.

Das Zentrum will es nicht wahr haben, daß es durch seine Begünstigung der rheinischen Loslösungsbestrebungen einen schweren politischen Fehler begangen habe. Deshalb schickte es am Montag einen seiner gewandtesten parlamentarischen Fechter, den Abg. Dr. Heß, in den Redekampf. Und er sagte mit dürren Worten, er sei in den gegen das Zentrum um dieser Sache willen erhobenen Vorwürfen „viel kaput geschlagen worden“, an nationalen, für den Wiederaufbau wichtigen Werten nämlich. Er ließ sogar den Schatten eines neuen Religionskrieges aufsteigen, den man dem Vaterlande ersparen wolle. Nun weiß man zwar vom Zentrum, daß es die Farben dick aufzutragen liebt, wenn es sich zu gewisser Abwehr veranlaßt glaubt. Aber die scharfen Tadelsworte des Zentrumsredners auch gegen die Mehrheitssozialisten, mit denen zusammen das Zentrum doch jetzt die endgültige preußische Regierung bildet, lassen die Festigung der innerpolitischen Zustände in etwas fragwürdiger Beleuchtung erscheinen. Es gab während dieser Rede viel Unruhe und Widerspruch im Saale. Unterstaatssekretär Dr. Freund vom Ministerium des Innern, der auch am Montag die Sache der Regierung zunächst rednerisch vertrat, bestritt, Anlaß zu der Erbitterung des Zentrums gegeben zu haben. Schwerlich wollten Hessen-Nassauer und Westfalen in ähnlicher Weise von Preußen wegstreben, wie die Rheinländer. Ueber das solcherort offenbar gewordene Zerwürfnis zwischen den Regierungsparteien ergoß alsdann Abg. Hoffmann (U. S.) die Laune seines Spottes, die unabhängigen Sozialisten als „lachende Vierte“ hinstellend. Doch das war nur ein Zwischenspiel der bekannten derben Art. Ernster muß das denkbar scharf gehaltene Abtrennungsbekenntnis des deutsch hannoverschen Abg. v. Dannenberg beurteilt werden. Er forderte kategorisch das Selbstbestimmungsrecht für die Bewohner der Provinz Hannover, in kaum noch verhüllten Worten den „Kriegsfall“ gegenüber Preußen aufzeigend. Zornig heischte der welfische Löwe die staatliche Trennung von Preußen, die seines Dafürhaltens in Hannover jubelnd begrüßt werden würde. Da litt es den Ministerpräsidenten Hirsch nicht länger in seinem gelassenen Zuwarten. Eindringlich hielt er den Welfen vor, daß sie mit ihrer Agitation sich auf eine schiefe Ebene begeben, weil ein einheitliches, starkes Preußen niemals notwendiger gewesen sei, als in unseren wetterdurchleuchteten Zeitläuften. Den Hannoveranern eine Volksabstimmung über ihre Staatszugehörigkeit zuzubilligen, liege kein Anlaß vor, denn diese Sache sei bereits entschieden, und die überwiegende Mehrheit dieser Provinzbevölkerung wolle durchaus nichts wissen von Rückkehr zu den alten welfischen Zuständen. In den lärmenden Protest der welfischen Abgeordneten stimmte das Zentrum lebhaft ein, und er schäumte noch höher auf bei der energischen Abweisung des Absonderungsverlangens in der folgenden Rede des Abg. Stendel (D. V.) Die Schnelligkeit seiner Sprechart und der Donnerton seiner Stimme hatten etwas Alarmierendes, zumal dieser Niedersachse für die Ostfriesen und das gesamte Emsgebiet unbedingte Abneigung gegen eine wiedererstehende Welfenherrlichkeit in Anspruch nahm!

Aus Stadt und Land.

Thorn, 26. März 1919.

— **Erweiterungen des Luftpostdienstes.** Der bisher auf den Strecken Berlin—Leipzig—Weimar und Berlin—Hamburg von der Deutschen Luftreederei betriebene regelmäßige Luftpostdienst soll, wie wir hören, noch im Laufe des April nach Hannover—Rheinland—Westfalen, Frankfurt a. M., Breslau und Warnemünde ausgedehnt werden. Die schnelle Verbindung mit Warnemünde wird namentlich für den Personen- u. Postverkehr nach den skandinavischen Ländern von großer Bedeutung sein. Warnemünde soll auch den Ausgangspunkt für den See-, Luftverkehr mit Wasserflugzeugen bilden.

— **Die Reichsvergnügungssteuer** soll sich, wie wir hören, gleichmäßig auf Theater, Kinos Konzerte, Bälle und Jahrmarktsbelustigungen erstrecken. Geplant ist eine Besteuerung der Eintrittskarte, die von 10 bis 30 und mehr Prozent gestaffelt sein wird. Die neue Tabaksteuer ist als Banderolensteuer auf Zigarren gedacht. Die Grundwechselangabe stellt eine Vereinheitlichung aller bisherigen Grundumsatzsteuern dar. Die Spielkartensteuer soll wesentlich verschärft werden. Die Reichserbschaftssteuer soll auch auf direkte Nachkommen und Ehefrauen ausgedehnt werden.

— **Einstellung, Entlohnung und Entlassung von Angestellten.** Es besteht vielfach Unklarheit darüber, ob die in den Verordnungen vom 4. und 24. Januar 1919 (Reichsgesetzblatt Seite 8 und Seite 100—105) enthaltenen Vorschriften über die Zulässigkeit von Kündigungen und Kündigungsfristen während der Zeit der wirtschaftlichen Demobilmachung sich nur auf die wiederangestellten Kriegsteilnehmer und die bei dem Inkrafttreten dieser Verordnung vorhandenen Arbeitnehmer erstrecken oder auf sämtliche Angestellten und Arbeiter, die zu einem späteren Zeitpunkt eingestellt werden. Es sei nochmals darauf hingewiesen, daß diese Vorschriften lediglich auf die wiederangestellten Kriegsteilnehmer und die bei dem Inkrafttreten der Verordnung vorhandenen Arbeitnehmer Anwendung finden.

— **Anforderung von Strohsäcken, Kopfpolstern und Laken.** Strohsäcke, Kopfpolster und Laken, die zur Ausstattung von Unterkunftsräumen für in der Landwirtschaft tätige Arbeiter von der Reichsbekleidungsstelle zur Verfügung gestellt werden, sind bei der Reichsbekleidungsstelle, Abteilung H, Berlin W, Nürnbergerplatz 1 anzufordern.

— **Gegen polnischen Uebermut.** In der Mitgliederversammlung der Deutschen demokratischen Partei, in der Herr Rechtsanwalt Stenzel den ersten Teil seines angekündigten Vortrags hielt, wurde nach einer Aussprache des Herrn Prof. Semrau folgende Entschließung zur Absendung an das Auswärtige Amt angenommen: Die heute versammelten Mitglieder der Deutschen demokratischen Partei Thorn erheben entschiedensten Einspruch gegen die maßlosen Forderungen der Polen und richten an die Reichsregierung die dringende Aufforderung jeden Friedensschluß abzulehnen, durch den Westpreußen an Polen ausgeliefert wird.

— **Eine große Versammlung von Unteroffizieren** fand heute nachmittag im Viktoriapark statt. Es handelte sich um eine eindrucksvolle Kundgebung des Willens, geschlossen hinter der Regierung zu stehen. Im Anschluß daran zogen die Versammlungsteilnehmer unter Musikbegleitung durch die Innenstadt und die Bromberger Vorstadt.

— **Im Kreise der Angehörigen des Regiments 21** fand gestern im Gasthause Hubrich in Stewken eine Versammlung statt, in der der Wille des Regiments, zur Regierung zu stehen und das Vaterland zu verteidigen, in erfreulicher Weise zum Ausdruck kam. Nach einer Rede des Mitgliedes des Regts.-Soldaten-Rats Unteroffizier Gabriel über den Werdegang der Soldatenräte und ihre Zukunft, ergriff Hauptmann Wagener das Wort zu längeren Ausführungen über die Bedeutung der Armee in der Jetztzeit. Im Anschluß an seine Ausführungen übermittelte der Redner dem Kommandeur des Inf.-Regts. von Borcke Nr. 21, Herrn Oberst Lüdecke, eine Entschließung der Truppe, die lautet: „Die Gerüchte, die zur Zeit von Mund zu Mund gehen, daß die Reichsregierung unter dem Druck der Verhältnisse den Bedingungen der Feinde nachgeben werde, wonach größere Teile Westpreußens, Pommerns und anderer preußischer Provinzen an Polen abgetreten werden sollen, finden beim Regiment zwar keinen Glauben. Es nimmt aber diese Gelegenheit zum Anlaß, um vor aller Welt zu versichern: Daß es sich niemals solchen Bedingungen fügen würde und daß es sich stark genug fühlt, sich und die bedrohten deutschen Lande zu behaupten! Es weiß außerdem, daß es nicht allein sein wird, wenn es darauf ankommt, einen letzten Entscheidungskampf zu kämpfen! Das Regiment stellt sich geschlossen hinter seine Führer und wird mit ihnen gehen, um, wenn nötig, das Recht zu erzwingen, das es fordert! — Der Redner konnte sogleich bekannt geben, daß eine ganze Reihe anderer Truppenteile sämtlicher Waffengattungen sich dieser Entschließung angeschlossen haben und dem Regimentskommandeur die Versicherung abgaben, daß sie mit dem Regiment von Borcke zusammen gehen wollen, durch dick und dünn bis zum Ziele. Oberst Lüdecke nahm diese Erklärung tief bewegt entgegen und fügte hinzu daß das Regiment recht habe, nicht die Zahl entscheide, sondern das Herz! Und wenn alle Deutschen heute so dächten, würden nach den brennenden Schmach der jetzigen Tage weit bessere Zeiten für unser deutsches Volk kommen. Er brachte nun ein dreifaches Hurrah auf das deutsche Vaterland aus, das von der Versammlung begeistert aufgenommen wurde und wie ein Gelöbnis in das Lied „Deutschland, Deutschland über alles“ ausklang. — Zu einem Schlußwort ergriff Herr Böhme vom Garnison-Soldaten-Rat das Wort. Unter dem tiefen Eindruck des eben gehörten, glaubte er die Versammlung der begeisterten Zustimmung aller Truppenteile der Garnison versichern zu können. Er begrüßte die Anzeichen einer neuen Zeit in dem hier zu Tage getretenen guten Verhältnis zwischen Führern und Geführten und hoffte, daß die Einrichtung solcher Zusammenkünfte bald überall aufgenommen werde. Wo ein solcher Geist herrsche, da werde es wirklich einmal wieder heißen können: Deutschland, Deutschland über alles. Auf die beiden Vorträge werden wir noch zurückkommen.

— **Der Raubmord**, der, wie berichtet, am Sonntag nachmittag im Wäldchen hinter der Wrangelkaserne an dem Schuhmacher Piow-

Max Grochak von der 4. Komp. Pion.-Batls. 17 ausgeführt wurde, ist in der Hauptsache aufgeklärt. Als Mörder kommt aller Wahrscheinlichkeit nach der seit 14 Tagen fahnenflüchtige aus dem Elsaß stammende Pionier Joseph Benoit in Frage, dem der Ermordete täglich das Essen zu bringen pflegte. Als Mitwisser sind noch die Gebrüder Janeck Weißhoferstraße 24, verhaftet worden.

— **Mitteilungen der öffentlichen Wetter-Dienststelle.** Donnerstag, den 27. März 1919: Zeitweise heiter, fortdauernd kalt, etwas Schnee.

Stand und Verwaltung der Kreis-kommunal-Angelegenheiten des Landkreises Thorn für 1918.

Dem vom Herrn Landrat Dr. Kleemann der heutigen Sitzung des Kreistages vorgelegten Jahresbericht ist folgendes zu entnehmen:

Das wirtschaftliche Leben stand im Berichtsjahre, wie überall, so auch im Landkreise Thorn unter dem Zeichen der Zwangswirtschaft, des Arbeiter- und Kohlenmangels. Die Landwirtschaft blickt auf eine befriedigende Ernte zurück: Auf den guten Boden lieferten Roggen und Weizen gute, teils sehr gute Erträge; auf den leichten Böden versagten sie infolge der Dürre des Frühjahres. Hafer und Gerste brachten eine mittlere Ernte, Erbsen waren mißraten. Die Ergebnisse der Hackfruchternte waren mittelmäßig, teils besser.

Die Ziegeleien lagen fast durchweg still, die Mühlen waren in den durch die Kriegsumstände gezogenen Grenzen tätig. Die Zuckerfabriken konnten nur mit Mühe einen geregelten Betrieb durchführen; infolge hohen Zuckergehaltes der Rüben befriedigte das Ergebnis trotz der gewaltigen Einschränkung des Anbaues.

Der Ausbau der Ueberlandzentrale Graddeck soll nunmehr mit aller Kraft gefördert werden. Der Zweckverband der Kreise Culm und Thorn ist durch den Beitritt des Kreises Schwetz erweitert, der Arbeitsplan für den Ausbau der Leitungen in diesen drei Kreisen bereits aufgestellt worden.

Der Steinbruch bei Goldberg wird demnächst in Betrieb genommen; der Bau einer Seilbahn nach dem Bahnhof Hermsdorf kann aber wegen der unerschwinglichen Kosten zunächst noch nicht ausgeführt werden.

Der Gesundheitszustand bei Mensch und Tier war im allgemeinen gut. Pferderäude und Geflügelcholera traten vereinzelt immer wieder auf.

Der Viehbestand nach dem Stande vom 1. März 1919 ist folgender: Städte: 370 Pferde, 523 Rindvieh, 68 Schafe, 989 Schweine, 597 Ziegen, 615 Kaninchen, 4195 Federvieh; Gemeindebezirke: 5517 Pferde, 12 916 Rindvieh, 1100 Schafe, 9547 Schweine, 1840 Ziegen, 1908 Kaninchen, 42 935 Federvieh; Gutsbezirke: 2842 Pferde, 6279 Rindvieh, 10 484 Schafe, 4021 Schweine, 388 Ziegen, 699 Kaninchen 12 936 Federvieh; Summe des Kreises: 8735 (7744) Pferde, 19 718 (24 095) Rindvieh, 11 652 (14 142) Schafe, 14 557 (9678) Schweine, 2825 (3335) Ziegen, 3222 (4583) Kaninchen, 60 066 (74 065) Federvieh.

Die Zahlen in Klammern bedeuten die Ergebnisse der Viehzählung vom Stande am 1. 3. 1918.

Der Kreistag ist im Berichtsjahre 1918 am 3. April und 27. November zusammengetreten.

Von den Beschlüssen des Kreistages werden folgende besonders hervorgehoben:

a) aus der Sitzung am 3. April 1918:

1. Erklärung des Kreistages, daß für die Amtsbezirke Leibitsch und Birkenau weder zum Amtsvorsteher geeignete Personen zu ermitteln noch die zeitweilige Wahrnehmung der Amtsverwaltungen durch den Vorsteher eines benachbarten Amtsbezirks oder durch den Bürgermeister einer benachbarten Stadt tunlich ist. (§ 58 der Kreisordnung.)

2. Gewährung eines Kreiszuschusses von 50 000 Mark zum Bau einer Weichselbrücke.

b) aus der Sitzung am 27. November 1918:

1. Beteiligung des Landkreises Thorn an der Zeichnung zur 8. und 9. Kriegsanleihe und Aufnahme eines hierzu erforderlichen Darlehns in Höhe von 550 000 Mark.

2. Erhöhung der vom Kreistag am 14. November 1917 zu den Kosten für die Schließung des Nessauer Deiches bewilligten Kreisbeihilfe von 3000 auf 5000 Mark.

3. Erwerb zweier Hausgrundstücke in Amthal und Alt Thorn.

4. Errichtung eines Kreiswohlfahrtsamtes.

5. Einrichtung einer Buchhalterstelle bei der Kreiskommunal- und Kreissparkasse.

6. Aufnahme des Kreises Schwetz in den Elektrizitäts-Zweckverband Culm-Thorn.

7. Erwerb und Betrieb des Basaltsteinbruches bei Goldberg in Schlesien.

8. Abkommen mit dem Abdeckereibesitzer Kühne in Luben wegen Ankaufs eines Tierkörper-Verwertungs-Apparates.

Der Kreistag besteht z. Zt. aus 30 Abgeordneten, wovon 12 auf den Wahlverband der Landgemeinden, 6 auf den Wahlverband der Städte und 12 auf den Wahlverband der größeren Grundbesitzer entfallen. Eine Ersatzwahl für den im Kriege gefallenen Abgeordneten, Gutsbesitzer Ziehm-Rosenberg, hat bisher nicht stattgefunden.

Die Verteilung der Kreistagsabgeordneten auf die einzelnen Wahlverbände hat zuletzt im Jahre 1912 stattgefunden.

Die Provinzialabgaben für 1918 betrugen 96 591,98 Mark.

Zur Deckung der Kosten für die Familienunterstützungen sind bis Ende Dezember 1918 aus der Kreiskommunalkasse gezahlt worden 8 027 886,25 Mark. Vom Reiche sind erstattet 1 672 512,41 Mk., bleiben 6 355 373,84 Mark.

Infolge der durch die Demobilmachung vorgenommenen Entlassungen der Kriegsteilnehmer ist die Zahl der unterstützten Familien auf ungefähr 1300 herabgesunken. Die monatliche Aufwendung beträgt rund 70 000 Mark.

Von der Kleinbahn Thorn-Leibitsch ist für das Geschäftsjahr 1917/18 eine Dividende nach dem Jahressatze von 15 Prozent des Aktienkapitals von 476 000 Mark = 71 400 Mark verteilt worden. Dem Dispositionsfonds sind 15000 Mk. überwiesen und auf neue Rechnung 6401,17 Mark vorgetragen.

Die Bilanz der Kleinbahn Culmsee-Melno ergab einen Verlust von 6429,61 Mark, melcher aus dem Bilanz-Reservefonds entnommen worden ist.

Von der Kleinbahn Thorn-Scharnau wurde aus dem Ueberschuß von 65 876,93 Mk. eine Dividende von 2 Prozent des 1 577 000 Mark betragenden Aktienkapitals (31 540 Mk.) bezahlt.

Die Privatanschlußbahn Tauer-Seyde wird in der bisherigen Weise weiter betrieben. Vom 1. Oktober 1914 ab werden bei Sendungen nach der Empfangsstation Culmsee Zuschlagsfrachten erhoben, die auf die Beiträge in Anrechnung gebracht werden.

Die Regelung des Grunderwerbs für die staatliche Nebenbahn Thorn-Mocker nach Unislaw ist zum größten Teil durchgeführt, sodaß die Abrechnung der Erwerbskosten demnächst erfolgen kann.

Die Erdarbeiten auf der Neubaustrecke Steinau—Mortschin—Griffen sind innerhalb der Gemarkungen Mortschin und Friedenau in Angriff genommen.

Zur Beschäftigung der Arbeitslosen in Culmsee wird die Straße von Seglein nach Zalesie ausgebaut. Es besteht die Absicht, demnächst mit dem Ausbau der Straße Siemon—Tannhagen zu beginnen.

Die Länge der Kreischausseen einschließlich der Drewenzbrücke und der Chausseen die von der Stadt Thorn übernommen sind, beträgt rund 171 778 Kilometer. Nawra—Kunzendorf ist noch nicht vermessen.

Die von der Stadt Thorn übernommenen Chausseen haben eine Länge von 27,505 Kilometer, wofür eine Unterhaltungsgebühr von 27 505 Mark bezahlt wird.

Der Kreis ist in 24 Hebammenbezirke eingeteilt. Der Hebammenbezirk der Stadt Culmsee ist mit zwei Bezirkshebammen besetzt.

23 Bezirkshebammen sind zur Zeit vorhanden. Zwei Bezirkshebammenstellen sind unbesetzt. Freitätige Hebammen sind im Kreise 5 vorhanden.

Der Kreis ist in 5 Impfbezirke geteilt.

Im Jahre 1918 wurden neun Fürsorge-Zöglinge einer Anstalt überwiesen.

Die im Jahre 1918 für das Jahr 1917 erhobenen Beiträge für die landwirtschaftliche Unfallversicherung betrugen 96 Proz. der Grundsteuer.

Bei dem Sektionsvorstande sind im Jahre 1918 98 Unfallanzeigen eingegangen.

Die als entschädigungspflichtig anerkannten Unfälle hatten zur Folge: den Tod in 4 Fällen, vorübergehende Erwerbsunfähigkeit in 35 Fällen.

Der Plan einer Genossenschaftsbildung zur Regulierung der Struga bei Thorn-Percu kann vorläufig nicht weiter verfolgt werden, da die Kosten für dieses Unternehmen im Verhältnis zu den voraussichtlichen Erträgen zu groß sind. Eine nochmalige Prüfung dieser Frage soll erst nach Eintritt geordneter Verhältnisse wieder aufgenommen werden.

Der Entwurf zur Entwässerung der Wiesenflächen in Gostgau ist von der staatlichen Aufsichtsbehörde geprüft und festgelegt worden. Sobald die Verhältnisse es gestatten, wird die Bildung der Genossenschaft herbeigeführt werden.

Der Landwirtschaftsminister hat aus dem Vorarbeitskostenfonds zur Aufstellung des Entwurfs zur Entwässerung der Ländereien in Siemon den Betrag von 1600 Mark bewilligt und den zuständigen Meliorationsbaubeamten ersucht, die Bearbeitung des Entwurfs nach Möglichkeit zu beschleunigen. Die Ausführung der örtlichen Vorarbeiten ist von dem Meliorationsbauamt in Briesen im Frühjahr 1919 in Aussicht genommen, falls die Verhältnisse es gestatten.

Im Jahre 1918 haben zwei Körungen stattgefunden; 108 Bullen wurden angekört, gegen 102 im Vorjahre.

Zur Zusammenfassung der in den einzelnen Geschäftsstellen des Kreisausschusses und des Landratsamtes bearbeiteten Wohlfahrtssachen wurde am 1. 1. 1918 das Wohlfahrtsamt des Landkreises Thorn (Kreiswohlfahrtsamt) errichtet und infolge des immer weiteren Anwachsens der Wohlfahrtsarbeit mit dem 1. 10. 1918 zu einer selbständigen Dienststelle des Kreisausschusses ausgebaut. Die Geschäftsräume befinden sich im Hause Mauerstraße 62.

Einen besonderen Raum in der Wohlfahrtstätigkeit nahm die mit eintretender Demobilmachung so wichtige Fürsorge für die zurückkehrenden Kriegsteilnehmer ein. Die Kreisstelle für Arbeitsnachweis, zu der die beiden Kreisarbeitsnachweise Thorn Land und Culmsee gehören, befaßt sich in weitestem Umfange mit Arbeitsvermittlung und Erwerbslosenfürsorge. Allein bei dem Kreisarbeitsnachweis Thorn Land waren seit dem 1. 12. 1918 889 Stellensuchende, denen 679 Stellenangebote gegenüberstanden.

Im Landkreise Thorn befinden sich in 13 Ortschaften 143 Rückwanderer, die durch Vermittlung des Wohlfahrtsamtes unterstützt und zum Teil untergebracht wurden.

Für die Durchführung des so wichtigen Säuglings- und Kleinkinderschutzes trat am 1. 11. 1918 die Kreisfürsorgeschwester Gertrud Krüger in das Wohlfahrtsamt ein.

Die Pflege der schulentlassenen Jugend war während der Sommermonate mit den vaterländischen Veranstaltungen des Aufklärungsdienstes verbunden.

Zur Bekämpfung der Tuberkulose zahlt der Kreis der Fürsorgestelle für Lungenkranke in Thorn einen jährlichen Beitrag von 200 Mark, der für das kommende Jahr auf 500 Mark erhöht worden ist.

Mit Kreiswanderbüchereien, die kürzlich neu geordnet wurden, sind zur Zeit 28 Ortschaften versehen; 9 weitere Ortschaften werden in den kommenden Monaten solche erhalten.

Der Sammel- und Helferdienst hat infolge tatkräftiger Unterstützung der Lehrer und Schulen sehr gute Ergebnisse gezeitigt und bedeutende Mengen für den Rohstoff-Ersatz zusammengetragen.

Vom 1. April übernimmt Pfarrer Basedow, der bisher ehrenamtlich vom 1. 10. das Wohlfahrtsamt geleitet hat, die hauptamtliche Leitung als Direktor.

Am Anfange des Jahres 1918 betrug der Bestand der Kranken im Kreiskrankenhaus Culmsee 11, Zugang im Laufe des Jahres 230, im Ganzen im Jahre behandelt 241. Die Verpflegungstage betrugen 7511.

Das Wirtschaftsjahr 1918 des Diakonissenkrankenhaus-Vereins Thorn hat wegen der durch den Krieg hervorgerufenen Lebensmittelteuerung nicht günstig abgeschlossen. Da die Einnahmen die Ausgaben erheblich übersteigen ist ein neuer Tarif für Kur u. Verpflegung festgesetzt worden.

Bei der Kreissparkasse betrugen die Spareinlagen Ende 1917 6 874 707,52 Mk. Der Zuwachs während des Rechnungsjahres durch Neueinlagen 7 089 394,68 Mk. Nach Zurückzahlung von 4 657 679,17 Mk. blieb Ende 1918 ein Einlagenbestand von 9 306 403,03 Mark.

Dem Kontokorrent- und Ueberweisungsverkehr haben sich eine Reihe neuer Kunden angeschlossen. Der Umsatz hat sich gegen das Vorjahr von 10 Millionen auf über 22 Millionen erhöht. Es ist zu hoffen, daß die dem Verkehr noch fernstehenden Kreiseingesessenen sich an der weiteren Entwicklung dieser Einrichtung beteiligen werden.

---

b. Amthal. Zu den Einbruchsdiebstählen, über die zum Teil schon berichtet worden ist, erfahren wir noch folgende Einzelheiten: Sechs Einbrecher in Soldatenkleidung, die sich als Spartakisten aus Bromberg ausgeben, trieben hier und in der Umgegend ihr Unwesen. Zuerst drangen sie in das Haus der Witwe des früheren Amtsvorstehers Duwe ein. Durch Bedrohung erpreßten sie von ihr 100 M. Darauf suchten sie das Lau'sche Gasthaus in Ellermühl heim. Hier schlugen sie nach und nach drei Türen ein. In der Not flüchtete der Besitzer in das obere Stockwerk und rief um Hilfe nach der Patrouille. Dadurch wurden sie verscheucht. Darnach suchten sie die Fürstlich Bentheimsche Försterei in Gr. Bolumin heim. Sie schlugen die Haustür ein und gaben gleich darauf Schreckschüsse ab. Drei drangen in das Haus ein, während zwei draußen blieben. Der Förster kam bei der Uebermacht und der Ueberraschung nicht zum Schuß. Sie durchwühlten alle Schubladen usw., eigneten sich aber Gold-, Silber und andere Sachen nicht an, sondern nahmen nur Geld im Betrage von 340 Mark mit. Ein Brot und eine Wurst ließen sie auch mitgehen. Das Brot und eine halbe Wurst warfen sie jedoch vor der Tür wieder fort. Auf der ersten Stelle wohnt noch eine Einwohnerfrau. Derselben nahmen sie 13 Mk. und die Sparkasse des Kindes mit 20 Mk. fort. Als dieselbe klagte, daß sie arm sei, gaben sie die 13 Mark, und nachdem sie sich mit ihren Komplizen draußen beraten hatten, auch die Sparkasse mit dem Gelde zurück. — Beim Besitzer Heise in Rentschkau stahlen die Einbrecher außer 3000 Mark sämtliche Fleisch- und Speckvorräte sowie verschiedene Kleidungsstücke.

r. Schwarzbruch. Einbruchsdiebstahl. Diebe drangen in der Nacht zu Montag bei dem Eigentümer Wilhelm Carl ein und entwendeten einen Steintopf mit eingepökeltem Fleisch. Von den Tätern fehlt bisher jede Spur. — Besitzwechsel. Der Besitzer Adolf Behling verkaufte sein Grundstück an den Besitzer Karl Barke von hier. Die Uebernahme ist bereits erfolgt.

Graudenz. Die Sturmabteilung Roßbach, die bekanntlich in Culmsee Ordnung geschaffen und dann den Schutz in Danzig mit übernommen hatte, bezieht in diesen Tagen Ruhequartiere in den Ortschaften zwischen Graudenz und Goßlershausen und wird in dieser Zeit mehrere Uebungen auf dem Truppenübungsplatz Gruppe abhalten.

Marienburg. Einen schrecklichen Tod erlitt der Rangierer Bartsch aus Lindenwald, Kreis Marienburg, auf dem hiesigen Bahnhof. Er blieb beim Ueberschreiten des Gleises mit dem Fuß im Herzstück der Weiche stecken und wurde, den sicheren Tod vor Augen, von der Zugmaschine erfaßt und zermalmt.

Danzig. Die unabhängigen Sozialdemokraten haben, wie das hiesige Organ der Unabhängigen berichtet, in einer Mitgliederversammlung die Gründung einer Druckerei-Verlagsgenossenschaft und die Errichtung eines eigenen Druckereibetriebes beschlossen. Das Unternehmen soll finanziell gesichert sein. — Der Arbeiterausstand bei den Reichsfutterwerken am Kaiserhafen ist beendet, nachdem die Forderungen der Arbeiter vom Reichsausschuß für Ersatzfutter bewilligt worden sind.

Posen. Für 140 000 Mark Banknoten gefälscht. In der Angelegenheit der gefälschten 50-Markscheine ist bis jetzt ermittelt, daß die Fälscher kaum 100 000 Mark in Umlauf gesetzt haben. Gedruckt wurden 140 000 Mark, 40 000 Mark konnten eingezogen werden. Sechs Personen sind in der Sache bereits verhaftet. — Außerdem sind noch weitere sechs Banknotenfälscher festgenommen worden.

Kirchliche Nachrichten.

Donnerstag, den 27. März 1919.

Garnisonkirche. Nachm. 5 Uhr: Passionsandacht, Herr Divisionspfarrer von Jaminet.

Heute nacht 3½ Uhr entschlief unsere innigstgeliebte Mutter, Großmutter, Urgroßmutter und Tante

Frau Aurora Schwartz

geb. **Steinicke**

im fast vollendeten 86. Lebensjahre.

In tiefstem Schmerz

im Namen der Hinterbliebenen:

Konrad Schwartz.

Thorn, den 26. März 1919.

Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 29. März, nachmittags 3 Uhr von der Leichenhalle des altstädt. evangel. Kirchhofes aus statt.

Für die zahlreichen Beweise wohltuender Teilnahme bei dem Heimgange unseres teuren Entschlafenen sagt namens der Hinterbliebenen

innigsten Dank.

Berlin-Friedenau, Kaiserallee 110.

Bertha Classs geb. Waechter.

Ihre heute stattgefundene Vermählung zeigen an:

Fritz Wohlfeil
Herta Wohlfeil
geb. **Ransleben**

Thorn, den 26. März 1919.

Am Donnerstag, den 27. und Freitag, den 28. März
wird auf dem Schießplatz

scharf geschossen.

Der Schießplatz bleibt bis 3 Uhr nachmittags für jeden Verkehr gesperrt.

Kommandantur Schießplatz.

Mehlausgabe.

Auf Abschnitt Nr. 4 der Lebensmittelkarte L sowie gleichzeitige Abgabe von 5 Brotmarken können in allen Geschäften, welche Mehl zum Verkauf überwiesen erhalten,

300 Gr. Weizenauszugmehl

zum Preise von 25 Pfg. bezogen werden.

Der Verkauf darf nur gegen Brot- und Lebensmittelmarken der Stadt Thorn erfolgen. Reisebrotmarken und Marken des Landkreises Thorn dürfen nicht angenommen werden.

Ueber die verbleibende Restmenge behält sich der Magistrat das Verfügungsrecht vor.

Der Abschnitt Nr. 4 verliert mit dem 5. April 1919 seine Giltigkeit.

Thorn, den 25. März 1919.

Der Magistrat.

Eier.

Auf Eiermarke 1 wird in den Verkaufsstellen

ein Ei

abgegeben. Eiermarke 2 darf bis auf weitere Bekanntmachung nur dann beliefert werden, wenn sie mit dem Krankenstempel versehen ist. Alle Krankenmarken genießen bei der Belieferung den Vorzug.

Thorn, den 26. März 1919.

Der Magistrat.

Die am 1. April d. Js. fällig werdenden

Miets- und Pachtzinsen

für städt. Grundstücke, Lager- pp. Plätze, Lagerschuppen, Rathausgewölbe und sonstige Nutzungen, sowie Erbzins- und Kanonbeiträge, Anerkennungsgebühren und Hypothekenzinsen sind zur Vermeidung der Klage und der sonstigen vertraglich vorbehaltenen Zwangsmaßregeln spätestens bis zum

14. April d. Js.

an die betreffenden städtischen Kassen zu entrichten.

Es wird noch besonders darauf hingewiesen, daß nach diesem Zeitpunkte eine nochmalige besondere Zahlungs - Aufforderung an die Schuldner nicht ergeht, sondern, daß sofort die angedrohten Zwangsmaßregeln angewandt werden.

Thorn, den 20. März 1919.

Der Magistrat.

In das Handelsregister ist bei der Firma Hugo Hesse & Co. in Thorn eingetragen worden: Die Prokura des August Nisdalski in Thorn ist erloschen.

Thorn, den 4. März 1919.

Amtsgericht.

Bekanntmachung.

Im Interesse der öffentlichen Sicherheit und zur Bekämpfung des Wohnungsmangels wird folgende Verordnung erlassen:

§ 1.

Die Uebersiedlung von Personen, welche bisher auswärts einen eigenen Wohnsitz hatten, in den Stadtbezirk Thorn bedarf der vorherigen Genehmigung des Magistrats.

§ 2.

Diese Genehmigung wird im allgemeinen versagt, wenn die zuziehenden ihre bisherige Wohnung in einem anderen Orte beibehalten. Es ist daher von den Personen, welche hierher übersiedeln wollen, eine Bescheinigung der Polizeibehörde des bisherigen Wohnorts über die Aufgabe der bisherigen Wohnung vorzulegen.

§ 3.

Die Genehmigung kann vor allem versagt werden, wenn und solange die Lage des Wohnungsmarktes oder die Ernährungsverhältnisse derart sind, daß durch weitere Zuzüge die Unterbringung oder Ernährung der einheimischen Bevölkerung gefährdet würde.

§ 4.

Bei Vorliegen besonderer Verhältnisse kann die Uebersiedlung ausnahmsweise genehmigt werden, auch wenn sie sonst nach Ziffer 2 oder 3 versagt werden müßte.

Thorn, den 26. März 1919.

Der Demobilmachungsausschuß.

Staatliches Gymnasium und Realgymnasium.

Das neue Schuljahr

beginnt

Donnerstag, den 24. April,

um 9 Uhr.

Die Aufnahme neuer Schüler wird wie folgt geregelt:

Aufnahme in die III. Vorschulklasse (Nona) Mittwoch, d. 9. April, vormittags 11 Uhr.

Aufnahmeprüfung f. d. Sexta beider Anstalten Donnerstag, den 10. April, vormittags 11 Uhr.

Aufnahme für die übrigen Klassen, soweit sie nicht überfüllt sind, Donnerstag, den 10. April, vormittags 9 Uhr.

Es empfiehlt sich, die aufzunehmenden Schüler vorher bei dem Unterzeichneten schriftlich anzumelden und die erforderlichen Papiere (Geburts- und Impfschein) einzureichen.

Der Gymnasial-Direktor.

Durch Beschluß der Gesellschafter vom 10. Januar, 30. Januar und 18. Februar d. Js ist das Stammkapital der Firma Max Roth G. m. b. H., Thorn, von M. 200 000.— auf M 20 000 herabgesetzt worden. Die Gesellschaftsgläubiger werden aufgefordert, sich bei der Gesellschaft zu melden. Diejenigen Gesellschaftsgläubiger, welche der Herabsetzung des Stammkapitals nicht zustimmen, sollen befriedigt oder sichergestellt werden.

Thorn, im März 1919.

Max Roth G. m. b. H.

Verreist

bis zum 10. April d. Js.

Sanitätsrat **Dr. Saft,**

Frauenarzt.

Vertreter

die nach Wiedereröffnung der Terminbörsen in Zucker, Kaffee, Metallen usw die Vertretung einer ersten Hamburger Firma übernehmen wollen, werden um Adr. Angabe unter **H. V. 332** an **Rudolf Mosse**, Hamburg, gebeten.

Schneider

in und außer dem Hause für Großstücke u. Hosen stellt sofort ein

Friedrich Hecktor.

Gut Katharinenflur

stellt zum 1. April ein:

verheiratete Kutscher
verheiratete Arbeiter
2 Küchenmädchen

Einen Instmann

mit Scharwerker

sucht von sofort

Franz Bode Luskau.

Sohn achtbarer Eltern

(oder junges Mädchen) welcher Lust hat, die Zahntechnik zu erlernen, kann sich melden.

Joh. Koch

prakt. Dentist. Schönsee Wpr.

Stütze

von sofort gesucht. Zu erfragen Gerberstraße 33/35, hochpt., rechts.

Gesunde Amme

für ein 3 Wochen altes Kind sofort gesucht. Gefl. Angebote an Frau Samuel, Schönsee Wpr.

Aufwartung

von sofort gesucht.

Anker-Drogerie, Elisabethstr. 12/14.

Aufwartung

von sofort gesucht

Gerberstraße 33/35, hochpt., rechts.

Laufmädchen

sucht **Emil Golembiewski**, Buchhandlung, Thorn.

Ziegelei-Park.

Donnerstag, den 27. März 1919:

Großes Streichkonzert

ausgeführt von der Kapelle des Infanterie-Regiments 21 unter persönlicher Leitung des Korpsführers **Sauer.**

Anfang 4 Uhr — Eintritt 30 Pf.

Hochachtungsvoll

Gustav Behrend.

Das Konzert des Kammersängers **Robert Hutt** (Tenor)

findet am

Donnerstag, den 27. März, abends ½7 Uhr

im Artushofe statt.

Eintrittskarten sind noch in geringer Anzahl zu haben.

Walter Lambeck. Buchhandlung.

Oeffentliche Volks-Versammlung

am

Donnerstag, den 27. März, abends 6½ Uhr,

im Schützenhaus, Schloßstraße, großer Saal.

Tagesordnung:

1. Braucht das arbeitende Volk eine sozialistische Zeitung?
2. Freie Aussprache.

Männer und Frauen der Arbeit! Die wirksamste Waffe für den Sozialismus ist eine sozialdemokratische Zeitung. Euer eigenes Werk soll es sein, diese ins Leben zu rufen. Darum ans Werk, Parteigenossinnen u. -Genossen. Auf, zur Versammlung!

Der sozialdemokratische Partei-Vorstand.

Das

Festungs-Freikorps Thorn

jetzt

Freiwillige-Sturmabteilung Thorn

Freiwillige aller Dienstgrade, Infanteristen, M.-G.-Schützen, Artilleristen, Fahrer, Pioniere, Kavalleristen werden zu den bekannten Bedingungen eingestellt.

Meldungen schriftlich oder mündlich bei der Werbestelle der

Freiwilligen-Sturmabteilung Thorn,

Wrangel-Kaserne.

Dr. Gudenatz Vorbereitungs - Anstalt (auch für Damen)

Breslau II, Neue Taschenstrasse 29

eröffnet das Sommerhalbjahr: Dienstag, den 1. April.

Abgesehen von den Prüflingen bis Untersekunda einschl. bestanden allein schon **1848** Einjährige, Fähnr., Obersek. Primaner, Abiturienten.

1916 u. 17 bestanden 217, 1918 104 Zöglinge ihre Prüfungen.

Streng geregeltes Anstaltspensionat.

Ein Posten

eiserner Radreifen

im Gewichte von ca. 32 bis 33 Kilogramm pro Stück ist

zu verkaufen.

Als Käufer werden in erster Reihe Selbstverbraucher berücksichtigt. Interessenten wollen sich wenden an die

Thorner Material-Verwertungs-Gesellschaft

m. b. H., Baderstraße 1, 1.

---

1 neuen Wagenplan, 6×4 Meter, mit Messingösen, 1 neue Staffelei, 20 guterhaltene Zuckersäcke, 1 Stck. Stoff zum Ulster oder Damenmantel, 1 Vogelbauergestell mit Gebauer, 3 mittl. Zinkwannen, 1 emaill. Wanne, 17 neue Bierkrähne, 6 neue Krähne mit Korkeinlage, 3 Damenübergangshüte, 1 kl. Posten Filz-Einlegesohlen,

gibt billigst ab.

Culmer Chaussee 66, 2, rechts.

Motorbootwrack

Lager Winterhafen Thorn, soll meistbietend verkauft werden.

Schriftl. Angebote sind bis zum 29. 3. 19 der

Zweigstelle des Reichsverwertungsamts

Mellienstraße 28

einzureichen.

Stadt-Theater

Donnerstag, 27. März, 6½ Uhr:
Abonnements-Vorstellung!
Zum 2. Male!

„Die spanische Fliege".

Freitag, 28. März, 6½ Uhr:
Zum 4. Male!

„Das Schwarzwaldmädel".

Sonntag, 30. März, nachm. 3 Uhr:
Zum letzten Male!

„Das Dreimäderlhaus."

Orchester-Verein.

Uebungsstunde

Donnerstag, 7 Uhr abends bei **Dylewski.**

Der Vorstand.

Deutsche demokrat. Partei

Jugendgruppe.

Wegen des Hutt-Konzertes ist der für Donnerstag, den 27. März, angesetzte

Vortrag

auf

Montag, den 31. März

verlegt. **Der Vorstand.**

Krieger-Verein

Thorn

Die für Freitag, den 28. März angesetzte

Monatsversammlung

fällt aus und findet am

Montag, den 31. März

abends 7 Uhr

statt. **Der Vorstand.**

Männer-Gesang-Verein „Liederfreunde."

Chormeister: Seminar- und Musiklehrer **Janz.**

Sangesfreudige heimgekehrte Krieger und stimmbegabte Herren finden herzliche Aufnahme in unserm Verein. Anmeldungen in den Singstunden: jeden Freitag abends 7 Uhr im Vereinszimmer des Artushofes. **Der Vorstand.**

Gitarrzithern

mit Unterlegenoten, ohne Vorkenntnisse sofort spielbar

Mandolinen, Lauten, Gitarren

— die schönste Hausmusik —

Selbstunterrichtsschulen und reichhaltige Liedersammlungen empfiehlt

W. Zielke,

Musikhaus.

Eigene Reparaturwerkstatt für alle Instrumente.

Fuhrwerk

nach Hohensalza und Thorn stellt ab Argenau

G. A. Streckert Nchf.

Argenau.

Suche mit ca. 20 000 Mk. Anzahlung

Hausgrundstück

(Stadt oder Vorstadt) zu kaufen. Schriftl. Angebote unter 890 an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Eck-Laden

mit Einrichtung für Lebensmittel- und Materialwaren-Geschäft, Keller usw. sogl. od. später zu vermieten. Mellienstraße 112, 1, rechts.

2—3 möblierte Zimmer

auch als abgeschlossene Wohnung von Herrn für dauernd gesucht.

Angebote unter A. Z. 387 an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

E. D. 365.

Brief zu spät erhalten. Bitte Donnerstag alten Treffpunkt 6 Uhr.

Viele vermögende Damen wünschen sich bald glücklich zu verheiraten. Herren, wenn auch ohne Vermögen erhalten sofort Auskunft durch „Union" Berlin, Postamt 37.

Thorner Zeitung

Nr. 73. Beiblatt. Ostdeutsche Zeitung und Generalanzeiger Donnerstag, 27. März 1919

Aus der Geschichte der Verhältniswahl.

Die Verhältniswahl ist die demokratischste Art des Stimmrechts, die man bisher gefunden hat. Das Charakteristische dabei ist, daß auch die Minderheiten ihre Vertretung finden und in sehr bedeutsamer Weise bei den Ergebnissen mitsprechen. Ueberall sonst im politischen Leben sehen wir auch in den freiheitlichsten Staaten das Mehrheitsprinzip herrschen. Die größere Zahl entscheidet. Historiker und Soziologen haben die Ursprünge der Anschauung verfolgt, nach der eine Mehrheit das Recht der Herrschaft über die Minderheit besitzt. Der große Rechtslehrer Gierke hat erwiesen, daß sich in diesem Majoratsprinzip ein reiner Machtgedanke Geltung verschafft hat. Die Mehrheit gab ja zunächst im Kampf mit Waffen den Ausschlag. Im altdeutschen Recht müssen zur Verurteilung des Angeklagten die Gerichtssprüche noch einstimmig sein; die Unterwerfung unter eine Mehrheit wird hier noch nicht anerkannt. Aber beim gerichtlichen Zweikampf gilt bereits die Regel, daß, wenn sieben gegen sieben kämpfen, diejenige Partei gewinnt, die mehr Sieger aufweist. Aus diesem Uebergewicht der rohen Gewalt ist dann die Herrschaft der Mehrheit in das geistige und politische Leben eingedrungen. Man ging von dem praktischen Grundsatz aus, daß in einem Staatswesen diejenigen regieren müßten, die durch ihre Zahl jedenfalls die Oberhand besitzen würden, wenn es zu einem Bürgerkrieg käme. Je größere Fortschritte aber der demokratische Gedanke machte, je mehr man bestrebt war, möglichst allen Volksgenossen einen Einfluß auf die Regierung zu sichern, desto stärkere Zweifel mußten auftauchen, ob durch das Majoritätsprinzip der Gesamtwille des Volkes auch wirklich zum Ausdruck gebracht werde. Hans Delbrück weist in seinem Buch „Regierung und Volkswille" darauf hin, daß die ersten beiden Politiker, die aus diesen Gründen mit Erfolg das Mehrheitssystem bekämpften, zwei Engländer waren, der Philosoph Stuart Mill und der Historiker Grote, kein Gelehrter von Beruf, sondern ein Mann des praktischen Lebens, der sich aber durch seine bändereiche „Griechische Geschichte" einen angesehenen Namen in der Wissenschaft machte, trat in diesem historischen Werk als ein begeisterter Verehrer des Willens der Mehrheit auf. Je mehr Erfahrungen er aber selbst im politischen Leben machte, desto stärker wurden seine Zweifel; er sagte von sich selbst, er habe seinen Glauben überlebt, denn eine Majorität könne gerade so tyrannisch sein wie ein . . . „Despot". Mill wurde zu einem Gegner der Majorität aus der logischen Erwägung heraus, daß in sämtlichen Wahlkreisen die Minderheiten bei dem bestehenden System völlig ausgeschaltet und mundtot gemacht seien. Es handelte sich bei den Wahlen bisweilen nur um wenige Stimmen, sodaß ein Zufall den Ausschlag gab; ja, es ist durch strenge Anwendung des Majoritätssystems vorgekommen, daß eine Minderheit ihren Willen durchsetzte. So war es z. B. bei der ersten Wahl Wilsons. Der Präsident der Vereinigten Staaten soll der Erwählte der Mehrheit der amerikanischen Staatsbürger sein. Da aber durch die Spaltung der Republikaner damals gegen Wilson zwei Kandidaten, Roosevelt und Taft, aufgestellt wurden, so geschah es, daß Wilson mit über sechs Millionen demokratischen Stimmen gewählt wurde, während Roosevelt und Taft zusammen fast $7\frac{1}{2}$ Millionen republikanischer Stimmen besaßen. Bei Anwendung des Majoritätsprinzips hatte also hier die Minorität gesiegt. Aus diesen Erwägungen trat John Stuart Mill für das System der Verhältniswahl ein, das um die Mitte des 19. Jahrhunderts von Hare ausgearbeitet worden war. Seitdem hat dieses System immer mehr Anklang gefunden, und es sind eine große Anzahl von Systemen vorgeschlagen worden, um diese Wahlform nun auch wirklich zum vollständigen Ausdruck des Volkswillens zu machen. Die Verhältniswahl erhielt im Jahre 1890 den auch jetzt noch vielfach verwendeten Namen „Proporz". Dieses Wort stammt aus der Schweiz und wurde zuerst in Basel mit einem spöttischen Beiklang gebraucht. Dort hatte bis 1890 nämlich das System der Majoritätswahl bestanden und war abgekürzt „Majorz" genannt worden. Dem wurde nun die Abkürzung von Proportionalwahl mit „Proporz" entgegengesetzt, und der zunächst ironisch gebrauchte Ausdruck hat dann allgemeine Geltung gewonnen. Außer der Schweiz ist die Verhältniswahl besonders in einigen Staaten von Nordamerika durchgeführt. In Deutschland bestand sie vor der allgemeinen Einführung bereits in einzelnen Gebieten, so in Hamburg und in Württemberg. In Frankreich kämpfen bereits seit Jahren die wahren Demokraten für die Einführung des Proporz, da die dort herrschende Form der Mehrheitswahl außerordentliche Ungerechtigkeiten in sich schließt.

Aus Stadt und Land

Thorn, 26. März 1919

— **Ein deutscher evangelischer Kirchenbund.** Der deutsche evangelische Kirchenausschuß, in dem bekanntlich die evangelischen Kirchenregierungen des deutschen Reiches zusammengeschlossen sind, hat Ende Februar eine Konferenz von 150 führenden Persönlichkeiten des evangelischen Deutschlands nach Cassel zusammengerufen. Trotz der Reiseschwierigkeiten waren etwa 120 Teilnehmer erschienen, die auf Grund des vorliegenden Verhandlungsplanes über den Antrag berieten, einen allgemeinen deutschen evangelischen Kirchentag und eine dauernde Einrichtung ins Auge zu fassen; nicht in der Absicht, eine einheitliche Reichskirche zu gründen, aber eine einheitliche, rechtlich geordnete, vom Vertrauen des ganzen evangelischen Volkes getragene Vertretung der gemeinsamen Interessen aller im deutschen evangelischen Kirchenausschuß bereits zusammengeschlossenen Landeskirchen zu schaffen. Nach mehrtägigen Beratungen wurde dieser Antrag einstimmig angenommen und ein Ausschuß von 21 Personen gewählt, der über die Zuständigkeiten dieses Kirchentages, über die Grundsätze der erstmaligen Zusammensetzung des Kirchentages, sowie über die Vorlagen beraten und beschließen soll, die dem ersten Kirchentag unterbreitet werden sollen.

— **Eine Vergewaltigung der Handlungsgehilfen!** Der Kaufmännische Verein von 1858 schreibt uns: Nach der Revolution hat die Sozialdemokratie unter Ausnutzung des völligen Darniederlegens des Handels und der dadurch bedingten großen Stellenlosigkeit planmäßig die Hineinzwingung der Handlungsgehilfen in die Sozialdemokratie betrieben. Diesem Bestreben hat die provisorische Regierung nunmehr einen sehr schlechten Dienst erwiesen, denn sie hat durch Verordnung vom 3. Februar dieses Jahres, der Nationalversammlung vorgreifend und ohne die am meisten interessierten Handlungsgehilfen vorher zu fragen, den § 518 der Reichsversicherungsordnung gestrichen. Dieser Paragraph bestimmte, daß die Zwangskrankenkassen die Arbeitgeber-Beitragsanteile, die sie kraft Gesetzes für Mitglieder von Ersatzkassen bekommen, an die kaufmännischen Ersatzkassen zu $^4/_5$ abzuführen haben. Dieser Einnahme, die sich für etwa 190 000 versicherungspflichtige Handlungsgehilfen auf insgesamt etwa 6,84 Millionen Mk. beziffert, gehen die Handlungsgehilfen Krankenkassen nunmehr verlustig; die gesetzlichen Zwangskrankenkassen behalten nunmehr die ganzen $^5/_5$ mit etwa 8,55 Millionen Mark, ohne den Ersatzkassenmitgliedern, für die es gezahlt wird, etwas dafür zu leisten. Es ist klar, daß sich der Handlungsgehilfen infolge dieser Mißachtung des ihnen seinerzeit vom Reichstag ausdrücklich verbrieften Rechtes eine starke Erregung bemächtigt, zumal sie Grund haben, weitere Angriffe auf ihre Berufsrechte zu befürchten.

— **Schuhwerk für Landwirtschaft.** Die Reichsstelle für Schuhversorgung hat nach einem von den Landesbehörden aufgestellten Verteilungsplan für die Frühjahrs-Feldbestellung rund 225 000 Paar neues und 350 Tausend Paar instandgesetztes Lederschuhwerk den Kommunalverbänden zur Versorgung der Landwirtschaft zugeteilt. Neues Schuhwerk kann erst wieder im Herbst zur Verteilung gelangen. Dagegen verfügt die Reichsstelle noch über Bestände an instandgesetztem Lederschuhwerk. Kommunalverbände, deren Bedarf an Schuhwerk durch die bisherigen Zuteilungen noch nicht gedeckt ist, können Anträge auf Zuteilung von instandgesetztem Lederschuhwerk unmittelbar an die Reichsstelle für Schuhversorgung Berlin W. 8, Kronenstraße 50/52, stellen. Soweit die Lieferung noch für die Frühjahrsbestellung gewünscht wird, empfiehlt sich die schleunige Einreichung solcher Anträge. Anträge auf Zuteilung von neuem Lederschuhwerk können nicht berücksichtigt werden. Da die Versorgung der in der Landwirtschaft unterzubringenden Notstandsarbeiter mit Schuhwerk durch die Kommunalverbände des Beschäftigungsortes zu erfolgen hat, ist bei den Anmeldungen nicht nur der Bedarf der ansässigen landwirtschaftlichen Bevölkerung, sondern auch der neueinzustellenden Notstandsarbeiter zu berücksichtigen.

Dirschau. Eine neue Siedlungsgenossenschaft ist gegründet worden. In den Aufsichtsrat wurden 2 Herren vom Lande, zwei Herren aus der Stadt und zwei Kriegsbeschädigte gewählt. Der Aufsichtsrat soll noch durch einen Kriegsbeschädigten (Landarbeiter) ergänzt werden. Der Zweck der Genossenschaft ist, bebaute und unbebaute Heimstätten den Kriegsbeschädigten käuflich oder pachtweise im Kreise Dirschau zu günstigen Bedingungen zu verschaffen.

Ragnit. Keine Ferienkinderaufnahme bei Andauer des Streiks. In den beiden letzten Sommern haben Hunderte Ferienkinder des Kreises Bochum im Kreise Ragnit gastliche Aufnahme gefunden. In der letzten Sitzung des Landwirtschaftlichen Vereins Tilschken wurde nun einstimmig der Beschluß gefaßt, bei Andauer des Streiks im westfälischen Kohlenrevier, der das deutsche Wirtschaftsleben so schwer schädigt, die Aufnahme der Bochumer Ferienkinder in diesem Jahre abzulehnen. Der Beschluß ist nach Bochum übermittelt worden.

Königsberg i. Pr. Einem Großfeuer ist in der Nacht zu Sonntag das alte große Konzerthaus des Tiergartens mit sämtlichem Inhalt zum Opfer gefallen. Das Reptilien-, Schlangen- und Vogelhaus konnte gerettet werden. Es wird Brandstiftung vermutet.

Königsberg. Die Unruhen am 3. März forderten nach amtlicher Feststellung bei der A.- und M.-Wehr und Zivilbevölkerung 20 Tote, 39 Verwundete, bei den Regierungstruppen 2 Tote 14 Verwundete. Ein großer Teil der Opfer in der Zivilbevölkerung ist leider darauf zurückzuführen, daß trotz Warnungen der Truppen die Straßen während der Kämpfe durch Neugierige angefüllt waren. — Ein Mordversuch auf offener Straße wurde in der Nähe des früheren Tragheimer Tores verübt. Als der in der Gasanstalt beschäftigte Arbeiter Richard Litzner nachts jene Gegend passierte, trat plötzlich ein ihm vollständig unbekannter Mann in Zivilkleidung auf ihn zu und feuerte nach einem Schreckschuß auf den wehrlos Dastehenden noch fünf Schüsse ab, deren einer den Ueberfallenen in den rechten Oberschenkel traf und ihn zu Boden streckte.

Bromberg. Hochverrat. Das hiesige Kriegsgericht des Belagerungszustandes verhandelte heute wiederum gegen fünf preußisch-polnische Personen wegen Hochverrats und Widerstand gegen die bewaffnete Macht. Sämtliche meist jugendliche Angeklagten gaben an, mit Gewalt und zum Teil mit Gestellungsbefehl angeworben und in das polnische Heer einverleibt worden zu sein, um gegen die Deutschen zu kämpfen. Bei den Kämpfen in Hopfengarten und Thure wurden sie gefangen genommen. Sämtliche fünf Angeklagten wurden zu je acht Jahren Festung verurteilt. Der Staatsanwalt hatte für einen 12 Jahre Festung und gegen die anderen vier Angeklagten lebenslängliche Festungsstrafe beantragt. — Eine große Polendebatte gab es in der letzten Sitzung des Vollzugsausschusses, in deren Verlauf der polnische Gewerkschaftssekretär Czarnecki mit polnischen Zeitungsausschnitten als „Dokumenten" seine Behauptungen beweisen wollte und für den Eintritt der bedauerlichen Zustände weniger die Polen als den Grenzschutz verantwortlich machte. Der Delegierte Lukomski behauptete, die Polen hätten sich gegen den Grenzschutz schützen müssen der nur geraubt habe. Der Vorsitzende erklärte, der Redner werde für diese öffentliche Beschimpfung des Grenzschutzes den Beweis der Wahrheit erbringen müssen. Die Ausführungen der beiden Polen erregten so großen Widerspruch, daß Czarnecki sein Mandat niederlegte.

Oche. Raubüberfall. Auf das Gut Wiersch kamen spät abends neun Mann und klopften und wünschten Einlaß. Als der Hausherr die Tür öffnete, drangen die Personen mit vorgehaltenen Revolvern sofort ein und forderten Geld. Viele tausend Mark wurden die Beute der Räuber, die trotz der sofortigen Nachforschungen unerkannt entkamen.

Bomst. Von Polen ermordet. Am 27. Februar 1919 wurde ein junges Mädchen, die unverehelichte Helene Gros aus Alt-Kosten, Kreis Bomst, auf dem Wege zu ihrer Arbeitsstelle von einem polnischen Posten erschossen. Die jetzt abgeschlossene amtliche Untersuchung hat ergeben, daß als Grund für den Mord ausschließlich der Umstand in Betracht kommt, daß der Bruder der Erschossenen beim Grenzschutz eingetreten ist. Die Bestrafung des polnischen Mörders bestand lediglich in seiner sofortigen Versetzung.

Thorner Strafkammer.

Thorn, 24. März.

In der letzten Sitzung wurde weiter verhandelt gegen die aus der Untersuchungshaft vorgeführte 27 Jahre alte Händlerin Martha Hoff aus Schöndorf, Kreis Bromberg, der Betrug und Urkundenfälschung zur Last gelegt wurde. Sie ist bereits zweimal wegen Betruges und einmal wegen Diebstahls vorbestraft. Anfang Januar d. Js. wohnt sie im Gasthause „Zur Hoffnung" am Neustädtischen Markte unter dem Namen Braun und suchte sich als Schauplatz für eine neue Betrügerei die Ortschaft Stewken aus. Dort erschien sie am 18. Januar in der Wohnung von Frau Emilie Reich und bot ihr und deren Tochter Ella Spitzen zum Kaufe an. Sie nannte sich Frau Grunwald aus Breslau und gab an, im Gasthause Ferrari in Piask abgestiegen zu sein. Dort sei sie in Begleitung ihres Chefs mit drei Wagen schlesischer Leinen und Wäsche eingetroffen. Sie forderte für das Meter Spitzen den hohen Preis von 25 Mark und gab zu verstehen, daß der Käufer der teuren Spitzen nach freier Wahl teils unentgeltlich, teils zu billigem Preise Wäsche, Stoffe und Strümpfe erhalten werde. Fräulein Ella Reich ließ sich so beschwatzen und kaufte der Händlerin eine Rolle Spitzen von etwa 10 Metern und 4 bis 5 Meter grünes Seidenband zum Gesamtpreise von 225 Mark ab. Die Angeklagte versprach, dem Fräulein Reich nunmehr in 3 bis 4 Tagen Stoffe zu bringen und zwar 63 Meter Kleiderstoffe, 6 Pfund Wolle, 3 Paar Strümpfe, 6 Taschentücher und Gardinen für zwei Fenster unentgeltlich zu liefern. Am Montag darauf erschien die Angeklagte wieder in der Wohnung der Frau Reich, aber ohne die versprochenen Waren. Angeblich sei der Chef krank und könne deshalb erst in den nächsten Tagen liefern. Dagegen führte die Angeklagte wiederum Spitzen bei sich. Sie verstand es, die Frau Reich dieses Mal zu überreden, ihr für 150 Mark Spitzen abzukaufen, indem sie versprach, der Tochter unentgeltlich ein halbes Dutzend guter Hemden und Zwirn zu liefern. Tags darauf, am Dienstag, stellte sich die Händlerin wieder ein. Auch dieses Mal hatte sie die versprochenen Waren nicht bei sich und gab an, daß der Chef noch immer krank sei und deshalb nicht liefern könne. Frau Reich und Tochter ließen sich noch zum dritten Male hintergehen. Letztgenannte kaufte wieder für etwa 210 Mark Besatz und seidenes Band ab, verlangte nun aber eine schriftliche Verpflichtung über die unentgeltlich zu liefernden Waren. Darauf stellte die Angeklagte auch eine solche Bescheinigung aus, die sie mit dem Namen Frau Grunwald unterschrieb. Dabei versprach sie, die Waren noch denselben Tag zu bringen. Doch hat sie es vorgezogen, sich nicht mehr im Reich'schen Hause sehen zu lassen. Als Fräulein Reich gleich darauf Erkundigungen im Ferrarischen Gasthause einzog, verlangte sie die Gewißheit, daß sie mit der Mutter gehörig beschwindelt worden sei. Insgesamt sind beide um den Betrag von 580 Mark geschädigt worden, da sich die gekauften Spitzen und Bänder als minderwertige Ware erwiesen. Nach erfolgter Anzeige gelang es der Polizei, die Angeklagte in kurzer Zeit zu ermitteln und zu verhaften. Der Staatsanwalt beantragte gegen die gefährliche Schwindlerin ein Jahr Gefängnis. Das Urteil des Gerichtshofes lautete wegen Betrug im Rückfalle und Urkundenfälschung auf 9 Monate Gefängnis, wovon ein Monat auf die Untersuchungshaft abgerechnet wird.

Der umfangreiche Hühnerdiebstahl im „Viktoria-Park" im Januar d. Js. brachte den 46 Jahre alten Hausdiener Johann Wojciechowski von hier, der wegen Raubes mit 5 Jahren Zuchthaus vorbestraft ist und sich seit dem 21. Januar in Untersuchungshaft befindet, vor die Schranken des Gerichts. Dieser Kriminalfall ist insofern eigenartig, als die polizeiliche und gerichtliche Untersuchung dadurch ihren Anfang nahm, daß dem Bestohlenen zwei der entwendeten Hühner in geschlachtetem Zustande zum Kaufe für seine Küche angeboten wurden! In der Nacht zum 19. Januar wurde beim Gastwirt Lyskowski in dem Hühnerstalle eingebrochen, indem die Diebe die verschlossene Eingangstür mit einer Brechstange aufbrachen. Es wurden 2 Hähne und 42 Hühner im Gesamtwerte von mindestens 3000 Mark. Wojciechowski wurde unter dem Verdacht des Diebstahls verhaftet, bestritt aber den Diebstahl und behauptete, die von der Polizei bei ihm vorgefundenen Hühner von einem unbekannten Soldaten gekauft zu haben. Es ist richtig, daß er vielfach als Nahrungsmittelbesorger und Nahrungsmitteleinkäufer für Hotels und Restaurants tätig gewesen ist und zu dem Zwecke in einem regen Verkehr mit Schmugglern und Schleichhändlern stand. Daher ist es nicht unmöglich, daß Wojciechowski durch einen Soldaten in den Besitz der gestohlenen Hühner gelangt ist. Aus diesen Gründen erkannte die Strafkammer auf Freisprechung, während der Staatsanwalt ein Jahr Zuchthaus beantragt hatte.

Eingesandt.

Für Veröffentlichungen an dieser Stelle übernimmt die Schriftleitung nur die preßgesetzliche Verantwortung.

Zum Eingesandt der Frau Cläre Degener, Thornisch-Papau, in Nr. 67 der „Thorner Ztg."

In dem Eingesandt in Nr. 64 dieser Zeitung ist kein Irrtum unterlaufen.

Nach wie vor stehen wir auf dem Standpunkt daß es zwei Arten von Verträgen gibt. — Dies wurde auch von den Großgrundbesitzern, welche diese Richtlinien mit aufstellten, unumwunden zugegeben.

Der Großgrundbesitz beschäftigt mit ganz wenigen Ausnahmen nur verheiratete Arbeiter, welche dem Gutsbesitzer ihre ganzen Familien zur Arbeit stellen müssen.

Der Kleingrundbesitz (im Eingesandt der Frau Degener die „anderen" genannt) kann infolge seines kleinen Betriebes nur ledige Arbeitskräfte einstellen, weil er für seinen Betrieb nur eine Arbeitskraft benötigt. Gerade aus diesem Grunde trifft den kleinen Grundbesitzer in allen Fällen der höhere Lohnsatz.

Die Einsenderin, welche unsere Ansichten berichtigen will, wird wohl als Landfrau, welche in so vielen Vereinen eine führende Stelle

nimmt, genau so wie wir wissen, daß es ein Unterschied ist, ob ich Deputat gebe, oder einen Menschen in volle Verpflegung nehme. Das heißt, diesem alles geben muß, was zum menschlichen Leben gehört.

Ob die meisten ländlichen Arbeiter mit großer Vorliebe auf den Gütern arbeiten, wollen wir noch sehr dahingestellt sein lassen! —

Mit welchen Arbeitskräften hat denn der Großgrundbesitz bisher seine Hauptarbeit geleistet? — Mit den billigen Saisonarbeitern.

Wo fehlen denn hauptsächlich die Arbeitskräfte? —

Wer hat infolge fehlender Arbeiter im vergangenen Herbst große Flächen Rüben pp. einfrieren lassen? —

Beim kleinen Besitzer ist kein einziger Fall bekannt. Den Bauer hätte man auch kraft des Gesetzes für solche Fälle als den allein Schuldigen herangezogen.

Die Vorwürfe sind von uns gemacht, weil es noch immer die alten Scheiden sind, wie sie früher bestanden. Von persönlicher Färbung ist keine Rede, sondern von Tatsachen. Material steht jederzeit zur Verfügung.

Die Mängel der Beschlüsse des Kreistages beruhen nicht nur, wie in dem Eingesandt der Frau Degener beschrieben, auf der elektrischen Beleuchtung, sondern bei der total einseitigen Zusammensetzung des Kreistages fehlt diesem jeder Sinn für die gesamte ländliche Bevölkerung, welche nicht zum Großgrundbesitz gehört.

Zum Schluß heißt es: „wir sollen uns alle unserer vaterländischen Pflicht als Landleute bewußt sein, Haß und Zwietracht vergessend, vor allem alles Persönliche ausschalten. Seid einig, einig einig. —

Auch das wollen wir offen beantworten. Uns an unsere vaterländische Pflicht zu erinnern ist nicht nötig. Diese Pflicht ist unsere erste und heiligste. Wir haben diese Pflicht im Kriege mit Einsetzung unseres Lebens erfüllt und uns in den Reihen der Kämpfer befunden. Nicht wie viele andere, die sich durch Schmeichelei zu den Unabkömmlichen geschlichen und aus dem Hinterhalt „Durchhalten" riefen.

Je unfähiger sich die Männer zeigen, welche aus dem veralteten System mit übernommen sind, sich auf die Erfordernisse der neuen Zeit einzustellen, desto eifriger und fähiger müssen wir uns zeigen.

Das politische Agrariertum mit seinen uralten, ungerechten Vorrechten hat seine Zeit überlebt.

Der gute Vorschlag zur Einigkeit wird bei uns nicht wirkungslos verhallen, wenn wir unsere Rechte gewahrt wissen. **Hackbarth.**

Aus aller Welt.

Grubenunglück in Mülhausen.

† Aus Freiburg wird gemeldet: Im Schacht „Reichsland" in Mülhausen sind durch eine Explosion 13 Arbeiter getötet und viele verwundet worden. Eine Anzahl Personen ist noch in der Grube eingeschlossen. Das Unglück ist durch die Explosion einer Kiste Sprengstoff entstanden. Eine gerichtliche Untersuchung ist eingeleitet.

Bluttat eines Kommunisten.

† Zwei in Konstanz aus Mannheim eingetroffene verdächtige Burschen sollten von zwei Kriminalbeamten auf die Wache gebracht werden. Einer von ihnen zog einen Revolver, verletzte einen der Kriminalbeamten schwer, den anderen durch Streifschuß am Kopfe leicht und tötete dann durch blindlings abgegebene Schüsse den eigenen Komplizen. Dann wurde er selbst durch einen Schuß in die Brust unschädlich gemacht. Bei dem Verbrecher fand man ein Mitgliederverzeichnis der kommunistischen Partei Mannheim.

Literarisches.

Richard Calwer. Produktionspolitik zum Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft. Zeitfragen-Verlag, Berlin-Zehlendorf-West. 77 S. Mk. 2,—. Walther Rathenaus auch in bürgerlichen Kreisen fast zur Mode gewordene Lehre, daß Wirtschaft nicht mehr Privatsache bleiben dürfe, sondern Sache der Gemeinschaft werden müsse, und daß der ungeregelte Kampf aller gegen alle einer planvollen Ordnung Platz zu machen habe, stellt hier ein Volkswirt, der mehr ist als ein geistvoller Dilettant, nämlich ein tiefschürfender Erforscher der Grundlagen unseres Wirtschaftslebens, die Ueberzeugung gegenüber, daß der Kampf das wahre Element der Wirtschaft und der Wagemut des Unternehmers die unentbehrliche Triebfeder zur Ueberwindung der Risiken dieses Kampfes ist. Ohne solche Bewegungsfreiheit sind die Unternehmer nicht in der Lage, die Produktionssteigerung herbeizuführen, deren wir in der jetzigen kritischen Lage unserer Wirtschaft mehr als je bedürfen. Der Staat als Unternehmer, ja auch nur als Regler hat in der Kriegs- und Uebergangswirtschaft vollkommen versagt. Die Vergesellschaftung der Produktion wäre ein doppelt gefährliches Experiment in einem Augenblick, wo die Feinde im Begriff sind, die Hand auf alles staatliche Eigentum in Deutschland zu legen. Wer sich die außerordentlich anziehende und mit größter Klarheit geschriebene Schrift Calwers zu eigen gemacht hat, wird ihr eine Einsicht in die Grundbedingungen unseres Wirtschaftsleben danken, die ihn befähigt, dem Sozialisierungsproblem als vorzüglich gerüsteter Beurteiler gegenüberzutreten.

Bechtold Hergersbergs Heirat. Roman von E. Krickeberg (Deutsches Verlagshaus Bong und Co., Berlin W. 57) gehört zu den nicht häufigen Romanen der Gegenwart, die uns frische, lebenskräftige und sympathische Menschen darstellen und zugleich im besten Sinne des Wortes spannend sowie innerlich ergreifend und gemütvoll sind. Ohne Zweifel wird der Roman, der nicht nur ein interessantes Zeitbild, sondern eine über alles Zeitliche hinausragende wertvolle Darstellung einer eigenartigen Mädchenseele und einer anziehenden Mannesnatur von herzerfreulicher Geradheit und Schlichtheit gibt, seinen Weg machen, wird manchen nach all den schweren Entbehrungen dieser Zeit eine freundliche Gabe sein.